

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Drobelt 2-5 — Telefon Amt Wilhelm 5646 u. 5647

Nummer 10

Berlin, den 7 März 1931

6. Jahrgang

Gewerkschaften beim Reichspräsidenten.

So manche Vertreter angeblich notleidender Schichten beschlachten schon den Repräsentanten der Deutschen Republik, den Reichspräsidenten von Hindenburg, um sein Augenmerk auf ihre Nöte zu lenken, aber wohl keine Vertretung hatte eine so einfache wie durchschlagende Begründung und keine so offensichtliche Beweise wirklich vorhandener Not zu Hand wie die Abgeordneten der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, die unter Führung Theodor Leiparts am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorstellig wurden, um ihm in einer Aussprache die ersten Besorgnisse der deutschen Arbeiterschaft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. Alle Vortragsenden machten auf den Ernst der Lage aufmerksam. Die hauptsächlichsten Punkte und Wünsche wurden in folgender Erklärung zusammengefaßt und übergeben:

„Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeitnehmer richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsstände bleibt doch unbestreitbar, daß Not und Elend nirgendwo so groß sind wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Aber auch die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden.

Unsere größte Sorge ist die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereingliederung dieser Millionen in den Produktionsprozess. Die bisherigen Maßnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; eine davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der bei der Kaufkraft verringerten Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtlicherseits getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der ersten Voraussetzungen zur Gesundung der Wirtschaft und zur Verhinderung der deutschen Arbeitnehmer. Wir anerkennen, daß die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer auch durch Ereignisse herbeigeführt worden ist, die zu beseitigen außerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist notwendig, daß innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äußerster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Ausmaß geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, hoffentlich er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf

weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar. Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelebung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wird gehemmt durch Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zusätzlichen Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb beseitigt werden müssen. Die Erhöhung des Zulandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades bedingt auch nach unserer Meinung eine leistungsfähige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rücksicht auf unseren industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müssen. Wir sehen uns deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne über diese Grenzen teilweise weit hinausgehen und u. G. abgelehnt werden müssen. Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß, um einen größeren Teil der unfreiwillig Arbeitslosen wieder in geregelte Tätigkeit zu bringen, die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden gesenkt werden. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind unter Sicherung der Massenkaukraft mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Als eine unabdingbare Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Voraussetzung dazu ist die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung mit gesicherter Leistungsfähigkeit und die ausreichende Finanzierung einer anschließenden Fürsorge.

Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen einschließlich der Berufsbilderklärung von Schlichtsprüchen und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Recht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle unverschuldeter Leistungsunfähigkeit angegriffen wird. Die Spitzenverbände der Arbeitnehmer haben den dringenden Wunsch, daß alle Schritte, die zur Vinderung der Not der deutschen Arbeitnehmer erforderlich sind, im Einverständnis mit allen daran beteiligten Kreisen mit Beschleunigung durchgeführt werden. Die deutschen Arbeitnehmer haben seither starkes Mitleid gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise belastet zu werden.“

Erhebliche Wirtschaftsbelastung durch Landwirtschaft.

Die deutsche Landwirtschaft ist nicht nur ein Schmerzenskind der deutschen Wirtschaft, sondern auch eine teure Last für den deutschen Staat und für das deutsche Volk, sie ist als Wirtschaftszweig auch ein Hindernis, das lähmenden Einfluß auf die Entwicklung ausübt, und politisch gesehen ist sie der Reaktionsherd in Deutschland.

Die Landwirtschaft braucht infolge ihrer Rückständigkeit und Versäumnisse auf vielen Gebieten gegenwärtig wie schon so oft außerordentlich umfangreiche und weitgehende Staatsbeihilfe. Der Staat muß also, trotzdem er selbst in Not ist, aus Allgemeinmitteln der Landwirtschaft Milliarden geben und ihr beibringen. Die Regierung stellte zu diesem Zweck ein Programm auf, das die Industriearbeiterschaft in seiner Auswirkung und bei seiner Durchführung ganz schwer belasten wird.

Wenig sind in dem Programm auch allgemeine wirtschaftliche Notwendigkeiten festgelegt, aber die darin enthaltene Lebensmittelerhöhung in dieser Zeit, in der ein sichtbarer Preisabbau dringend nötig ist, bereitet eine Massenbelastung vor, deren Wucht die Arbeiterschaft sehr stark fühlen wird. Es ist gar nicht notwendig, auf alle Einzelheiten des Schiele'schen Agrarprogramms einzugehen, und es genügt, wenn die Folgen entsprechend gekennzeichnet werden.

Der Reichsbestellungsplan bringt eine recht erhebliche Getreide- und damit auch Brotpreissteigerung; denn die Umstellung vom Roggen- zum Weizenanbau soll durch eine weitere Erhöhung der Weizenpreise angeregt werden, und diese Preispolitik soll ein prinzipiell wirtschaftlicher Anreiz zur Umstellung sein. Die gleitenden Zölle, die bisher nur für Getreide bestanden, sollen nun auch für alle agrarischen Produkte eingeführt werden, also für Fleisch, Wollereiprodukte, Eier, Hülsenfrüchte und für Erzeugnisse der Forstwirtschaft.

Was die Zollbelastung gegenwärtig schon für den deutschen Arbeiter und für die deutsche Arbeiterin bedeutet, soll einmal in einigen Zahlen zum Ausdruck gebracht werden. Gegenwärtig

ist das Brotgetreide auf dem Weltmarkt außerordentlich billig. Die Tonne besserer Weizen kostet weniger als in Friedenszeiten, nämlich 120 RM die Tonne, also 6 RM der Zentner. Von dieser Senkung spürt die deutsche Arbeiterschaft in diesen Notzeiten mit ihren überhöhten Preisen nichts, weil eine Tonne Weizen bei ihrer Einfuhr mit 250 RM Zoll belastet wird. Infolge dieses Umstandes kommt der Weizenpreis in Deutschland auf 270 RM, also um 150 RM mehr als der Weltmarktpreis beträgt. Beim Roggen liegt es ähnlich. Der Roggenzoll ist 150 RM, und der Roggenpreis wird trotz ungeheurer Lagerbestände auf 280 RM die Tonne gehalten. Die Verteuerung des Weizens allein belastet die deutschen Verbraucher mit 840 Millionen Reichsmark im Jahr. In fast gleicher Weise werden durch die Zölle Roggen und Zucker verteuert, so daß darin noch einmal eine Verteuerung von 1,2 Milliarden Reichsmark liegt. Es ist selbstverständlich, daß diese 2 Milliarden Reichsmark Verteuerung wichtiger Lebensmittel auch eine verteuernde Wirkung auf die anderen Lebensmittel der deutschen Bevölkerung haben. Und in einem anderen Zahlenbeispiel ausgedrückt sieht es so aus: Nach dem „Geonomist“ muß der deutsche Arbeiter für eine bestimmte Menge Weizenbrot 1,40 RM bezahlen, die der englische Arbeiter zum Preise von 0,58 RM erhält. Der deutsche Arbeiter mit niedrigeren Löhnen muß demnach einen fast dreimal höheren Preis für eine bestimmte Brotmenge bezahlen als der höher bezahlte englische Arbeiter.

Es ist es jetzt beim Brot, so soll es nun nach den agrarischen Wünschen auch bei Fleisch, bei Wollereiprodukten, bei Eiern, Hülsenfrüchten und anderen Erzeugnissen werden mit dem Ergebnis, daß die Lebensmittelpreise in Deutschland in die Höhe getrieben werden, damit die Landwirtschaft auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Handwerker verdienen kann. Rücksichtslos werden die Lebensinteressen der Armen den Reichen geopfert.

Die Zollpläne des Regierungsmannes Schiele haben aber auch nachteilige Wirkung auf das Ausland. Die Zollserhöhungen in Deutschland lassen sich andere Staaten einfach nicht gefallen. Können sie sich auch nicht gefallen lassen. Das führt zur Rück-

gang von Handelsverträgen, zum Zollkrieg gegen Deutschland und damit zum Kampf gegen deutsche Industrieerzeugnisse. Die Unterstützung der Landwirtschaft wirkt sich deshalb zum Nachteil für die Industrie aus; denn das Ausland nimmt unsere Industrieprodukte nicht, wenn wir seinen landwirtschaftlichen Artikeln durch hohe Zölle den Weg zu uns versperren. Unsere Fertigmarenausfuhr stieg seit 1925 von Jahr zu Jahr und nahm an Bedeutung zu. Sie hatte im Jahre 1925 einen Wert von 6783,0 Millionen, 1926 einen von 7154,3 Millionen, 1927 einen von 7723,5 Millionen, 1928 einen von 8884,5 Millionen, 1929 einen von 9832,9 Millionen Reichsmark und 1930 einen in fast gleicher Höhe. Wir konnten im Jahre 1930 mit unserem Außenhandel zum erstenmal den von England überflügeln und bewegten uns ständig aufwärts. Diese Entwicklungslinie wird nun durch das Agrarprogramm sicher gestört. Die ungünstige Wirkung auf die Beschäftigungslage der Industrie wird nicht ausbleiben, so daß zu der Lebensmittelerhöhung noch stärkere Arbeitslosigkeit in der Industrie kommen kann.

Wenn der Reichsernährungsminister Schiele in seiner Rede zum Agrarprogramm darauf hinwies, der Index der landwirtschaftlichen Produkte stehe auf 107 Proz. und der der Industrielöhne und -waren auf 150 bis 160 Proz., so muß er berücksichtigen, daß Produzenten- und Verbraucherpreise sehr weit auseinanderliegen. Er möge sich deshalb etwas mehr als bisher um die preistreibenden Kräfte des Zwischenhandels kümmern, damit keine Agrarmaßnahmen die Arbeiterschaft nicht bedrücken. Dazu scheint er Herr Schiele nicht bereit und nicht willens zu sein. Merken läßt er wenigstens nichts davon.

Nach unserem Dafürhalten kann eine Agrarpolitik, die vom Staat Subventionen, Kredite, Beihilfen, Steuererleichterungen verlangt, die der Bevölkerung die gesamte Lebenshaltung verteuert, die zur Aufkündigung von Handelsverträgen, zum Zollkrieg und zu Repressalien ausländischer Staaten gegen unsere Industrie führen, nicht der Gesamtwirtschaft dienlich sein. Wenn nun jeder Wirtschaftszweig in Deutschland so handeln wollte, wohin würden wir dann kommen? Die Landwirtschaft bekam seit dem Jahre 1919 an Zuschüssen, Krediten und Beihilfen rund 2,5 Milliarden Reichsmark, sie hatte ungeheure geldliche Vorteile von der Zollpolitik, sie wurde steuerlich begünstigt, sie soll nun noch für die 1 Milliarde Reichsmark an Beihilfen bekommen, und neue Zollgeständnisse erhielt sie auch. Die Summen lassen sich gar nicht mehr berechnen, die der Staat der Landwirtschaft zuwandte. Dabei schreit aber diese so stark unterstützte und subventionierte Landwirtschaft wie besessen, wenn der Staat den wirklich in Not befindlichen Arbeitslosen etwas gibt. Dieses Verhalten ist eine so große Ungerechtigkeit und läßt so raffigierigen Egoismus erkennen, daß man das gar nicht scharf genug verurteilen kann. Davon sollten die Arbeitshauern abrücken; denn wir können nicht glauben, daß sie gerade dieses herausfordernde Vorgehen der Großagrarien billigen. Die Landwirtschaft als Wirtschaftszweig mit ihrem Jahresproduktionswert von rund 15 Milliarden Reichsmark ruft stets beim Staat um Hilfe, der mit Allgemeinmitteln helfen soll, aber diese Hilfe anerkennen, davon ist keine Rede. Je mehr der Staat gibt, desto unerschämter gebärden sich bestimmte Kreise dann gegen den Staat. Durch eigene Kraft ihr wirtschaftliches Schicksal ändern und bessern, fällt ihnen gar nicht ein. Dabei zeigen gerade andere mit Deutschland vergleichbare europäische Länder, wie sich die Landwirtschaft erfolgreich selbst helfen könnte. Was die dänische, die finnische und belgische Landwirtschaft kann, sollte auch die deutsche können. Aber darin mangelt es. Deshalb muß die Allgemeinheit bluten, um die Landwirtschaft zu retten. Es werden sich aber bereits einseitige Landwirte und Arbeitsbauern gegen die schädigende Agrarpolitik. In einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ schreibt ein Arbeitsbauer: „Wo soll das hinführen, wenn z. B. in einem Ort von zehn Landwirten sechs bis sieben fleißig und sparsam waren und mit Steuern überlastet werden, dagegen die anderen drei bis vier faule verschwenderisch, die seit Jahren keine Steuern bezahlen, nun plötzlich Tausende von Mark Faulheitsprämie erhalten. Alle mir bekannten Anwärter der Löhne sind rechtsradikal und Nazis, die erklären offen, daß sie nicht daran denken, jemals eine Mark Zinsen oder Steuern zu bezahlen. Wenn man dem Osten helfen will, sollte man allgemeine Hilfe, wie Lastsenkung und dergleichen durchführen, anstatt die unfähigen Elemente zu unterstützen.“ Das ist typisch.

Daß mit der Lebensmittelerhöhung und mit der Subventionierung der Landwirtschaft Schluß gemacht wird, sollten endlich auch einmal die Industrie, der Handel, Verkehr, das Handwerk und Gewerbe einsehen. Die Industrie nahm bekanntlich gegen das Agrarprogramm Stellung, aber es hat den Anschein, als wolle eine Krähle der anderen die Augen nicht aufhaken. Für die Arbeiterschaft ist es unerträglich und in Zukunft nicht mehr möglich, angesichts der Landwirtschaft den Hungerriemen noch enger zu schnallen.

Der Regierung muß in diesem Falle ein Halt zugerufen werden, weil sonst der deutschen Gesamtwirtschaft Gefahr droht.

E. Agr.

Der Kampf um den Lohn in England.

Natürlgemäß schlug die Lohngestaltung in England seit dem Kriege andere Bahnen ein als in Deutschland. Während hier der Lohn in Deutschland nach der Inflation durch gewerkschaftliche Anstrengungen langsam erholte und die heutigen Arbeiter sich gegen Ende 1927 wieder einen anständigen Lebensstandard erkämpft hatten, blieb der englische Lohn seit 1924 stabil. Das lag daran, daß der englische Lohn für Handwerker nach dem Rückwärtigen der ersten Nachkriegsjahre etwas über dem Standard von 1914 stehen blieb, der Lohn der ungelerten Arbeiter jedoch weit über den Standard von 1914 hinausging, was besonders bei den Eisenbahnbediensteten der Fall war.

Nun schreibt die freikommissarische Wochenzeitung „Observer“ in ihrer Nummer vom 8. Februar:

„Allgemein herrscht die Ansicht vor, zur Eindämmung der Wirtschaftskrise sei eine allgemeine Lohnsenkung notwendig, besonders auch deshalb, weil die Lebenshaltungskosten, gemessen am Index, bedeutend gefallen sind. Eine Lohnsenkung wäre also ohne schweren Schaden für die Arbeiterklasse möglich.“

Am 1. Januar standen der Index über den Allgemeinen Lebenshaltungskosten auf 53 Punkte über dem Niveau von 1914, was einer Senkung von 13 Punkten in den letzten zwölf Monaten gleichkommt. Für Lebensmittel allein stand der Index auf 38 Punkte über dem Niveau von 1914, was eine Senkung von 19 Punkten bedeutet. Im Vergleich zu 1920, wo der Index auf 156 Punkte stand, ist die Senkung also sehr bedeutend.

Dieser Zustand wird nun als Argument für den allgemeinen Lohnabbau ins Feld geführt. So drängen die Eisenbahngesellschaften auf einen Lohnabbau von 10 v. H., das ist eine Verringerung von 11 Millionen Pfund Sterling (oder 20 Millionen Mark). Um diesen Lohnabbau schmachtender zu machen, lassen die Aktionäre darauf bestehen, ihre Dividenden seien bereits 13 750 000 Pfund Sterling niedriger als vom Parlament im Jahre 1923 für angemessen taxiert wurde, während andererseits die Löhne um 20 v. H. über dem Vorkriegsniveau ständen.

Ist aber die Dividende gesunken, so läßt sich doch nicht sagen, daß sie immer noch 50 v. H. höher ist als in der Vorkriegszeit. Kein Wunder also, wenn sich die Eisenbahngewerkschaften gegen den Lohnabbau zur Wehr setzen. Der Kampf der Eisenbahngewerkschaften wird zur Zeit im Zentralarbitrageauschuss für Eisenbahner ausgefochten, wo die drei großen Eisenbahngewerkschaften die Sache ihrer Mitglieder mit großem Geschick betreiben. Vor allem auch deswegen, die Lage der Eisenbahner ungünstig gestellter Zwischengruppe trotz Lohnabbauabsichten zu verbessern. Auf den Ausgang dieser wichtigen Verhandlungen, die nicht von langer Dauer sind, kann man gespannt sein. Man will also auch in England den Lohnsenkungs- und Arbeitslosenbewegung folgen.

So möchte das englische Unternehmertum in den letzten Tagen einen neuen Erfolg. In einem an die Regierung gerichteten Schreiben verlangt die Hauptunternehmerorganisation,

die Regierung solle Schritte zu einer generellen Lohnabbauaktion unternehmen, weil England „gegenüber den viel niedrigeren Löhnen in den Kontinentalländern nicht mehr konkurrenzfähig ist, und die Lohnsenkung zu einem Gebot der Stunde wird.“ Schleierhaft bleibt freilich, wie die englische Regierung dieses „Gebot der Stunde“ in die Praxis umsetzen soll. Wahrscheinlich ist es den Drahtziehern der Unternehmer auch gar nicht ernst gemeint mit dieser Forderung. Worauf sie zielen ist: Der Unternehmerverband verlangt eine Kürzung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung um ein volles Drittel. Man rüftet sich, um zu zeigen, daß man für den Kampf gegen das zweite Staatsbudget der Arbeiterregierung.

Wie Philip Snowden, Finanzminister der Arbeiterregierung, kürzlich dem Parlament mitteilte, werden ab 1. März die Gehälter aller Staatsangestellten und Beamten gesenkt, wodurch der Staatshaushalt ein Ersparnis von fast 3/4 Million Pfund Sterling pro Jahr erzielt. Dieser Lohnabbau stützt sich auf den gesunkenen Index. Alle diese Erscheinungen sind ein Beweis dafür, wie sehr auch die Lohnbaumanie ein Symptom der Weltwirtschaftskrise ist.

Wird aber in dieser Hinsicht auf die Dinge hingewiesen, dann nur um darzutun, wie wenig das deutsche Unternehmertum ein Recht hat, sich auf englische Verhältnisse zu berufen. In England war auch während der heutigen Hochkonjunktur der Lohn immer noch um ein volles Drittel höher als in Deutschland. Außerdem stand der englische Lohn trotz der bereits in 1930 vorgenommenen Lohnsenkungen auf 70 Punkte über dem Standard von 1914. Da aber der allgemeine Index 56 Punkte über dem Standard von 1914 steht, wirkt sich ein englischer Lohnabbau immer noch nicht so schlimm aus wie ein deutscher. Versucht man doch in Deutschland, den Lohnabbau, unbekümmert um den Lebensstandard der Arbeiter durchzuführen, was vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus geradezu widersinnig ist. Doch aller wissenschaftlichen Bedenken ungeachtet, das Lohnabbau bleibt die Tatsache bestehen, daß die Senkung der Lebenshaltung des Volkes eine große Gefahr für die Volkswirtschaft bedeutet. Allgemein hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, der Hauptpunkt der Weltwirtschaftskrise bestünde in der breit aufgerissenen Kluft zwischen Erzeugungs- und Kaufkraft. Je mehr die Kaufkraft des Volkes einengiert ist, desto mehr sinken die Absatzmöglichkeiten. Hier einen Ausweg zu finden, ist die nächste Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Wohl hat die Regierung Brüning es öffentlich als ihre Aufgabe betrachtet, den Lohnabbau ohne Senkung des Reallohnes zu bewerkstelligen, was nur durch künstliche Preissteigerung denkbar ist. Von einem durchgreifenden Erfolg, den die Regierung gegen den heißhungrigen Monopolkapitalismus unternimmt, merkt man bis jetzt bitter wenig. Ist es da nicht an der Zeit, die Hauptstütze auf dieses Gebiet zu verlegen? B. Weingarh.

Legt den Zerlegungselementen das Handwerk.

Je mehr infolge der Krise in den Arbeiterfamilien Not und Elend aufwachen, je mehr die Verzweiflung die Menschen packt und ihre Seelen heftet, desto mehr Heilsapostel und Wunderdoktoren treten auf den Plan mit Heilslehren und Beruhigungen. Alle versprechen sie mit Worten Güte und Barmherzigkeit. Latein vermögen sie nicht zu vollbringen. Das ist ihnen die Apostel der Kirchen und Sekten aller Art, die das Elend verkörpern, da treten die Hosen der Nationalsozialisten, des Stahlhelms, der Werksvereine auf, die die Befähigung der Arbeitslosigkeit versprechen, da sind die „Sportvereine“, Klubs, Vereinigungen, die in Volkserziehung machen. Sie alle werben um Aufbruch für die Reaktion, um dann gerade die Arbeiter und Arbeiterinnen noch mehr zu unterdrücken, noch mehr auszubeuten, noch mehr zu entrechten, wenn sie so brav sind und verheßen ihnen zur Macht.

Zu diesen Kräften des Rückschritts gesellt sich noch die kommunistische Partei Deutschlands mit ihren Propagandaabweisungen und mit ihrer RSD. Immer wenn die soziale Note die Kräfte der Arbeiterkraft lähmen, kommt die KPD mit ihren Spaltzügen und reißt und rüttelt an den den Kapitalismus noch handhabenden Mächten, vor allem an den Gewerkschaften, den stärksten Stützen der Arbeiter.

Mit geistigen Mitteln der Anstiftung, mit sachlichen Argumenten ist die Zerfaserung nicht möglich, deshalb muß diese sogenannte Arbeiterpartei zu niederkriechenden, ekelhaften Verleumdungen Zuflucht nehmen. Sie tut das täglich in Flugblättern, in Betriebszeitungen, auch ihr Zentralorgan, „Die Rote Fahne“, nicht auf dieser niedrigen Ebene geistiger Kampfes. In ihr ist am 21. Februar zu lesen: „Die Gewerkschaften sollten ihrem Zweck noch die starken Kampforganisationen

der Arbeiter gegen das Kapital sein. Heute sind sie das gerade Gegenteil davon, nämlich Instrumente des Klassenfeindes gegen die Arbeiterkraft. An ihrer Spitze stehen ganz gewöhnliche Streikbrecherorganisationen.“ Dann macht sich der Artikel-Schreiber Franz Daxler die Worte von Rosa Luxemburg zu eigen: „Wir können es heute ruhig aussprechen, daß die deutschen Gewerkschaften für die unfaulen und größten Schakalen sind, die in der Welt gelebt haben.“ „Das sind Tatsachen“, heißt es dann weiter: „Die Büros der Gewerkschaften sind heute zu Streikbrechervermittlungstellen geworden.“

Je länger die KPD existiert, desto widerlicher wird die Kampfesweise ihrer Vertreter. Alles, was der Arbeiterbewegung einfließen will, ist bei ihr dahin. Mit solch ekelhaften Verleumdungen führt nun das Zentralorgan der KPD seinen „geistigen“ Kampf gegen die Gewerkschaften, mit solch widerlichen Mitteln arbeitet es nun für die „große“ Idee. So weit ist es mit dieser Bewegung gekommen, die einst wirklich Glanz besaß und einst manchen Ideen in schwingender Art zu propagieren wußte. Wenn man den geistigen Niedergang der kommunistischen Bewegung beobachtet, kann man verstehen, daß ihre unternommenen Versuche, Gewerkschaften zu gründen, nie gelangen. Auch die RSD muß deshalb wieder zusammenbrechen. Mit Schimpf- und Zerstörungstatist kann man nie eine standhafte Bewegung aufbauen, diese Lehre sollten wenigstens die noch kommunistischen Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Ereignissen ziehen. Die Schimpfapostel in den „Roten Fahnen“ sind zu dieser Erkenntnis doch nicht mehr fähig, und wenn sie es wären, dürften sie diese Erkenntnis nicht äugern. Gewerkschaftsmitglieder, wendet euch ab von dieser verleumderischen Kampfesweise und von den Kampfpapieren der KPD, haltet euer Gewerkschaften hoch, verteidigt sie gegen die Zerlegungselemente und gegen die Helfershelfer der Reaktion.

Wirtschaftspolitik oder Wunderkuren.

Wie kann man der Wirtschaft helfen, ohne den Unternehmern böse zu tun? — so ist die Fragestellung aller Wunderdoktoren, die einen Weg aus der Krise suchen.

Die Regierung bräutet den üblichen Wunderdoktoren mit gutem Beispiel voran. Sie wurde von der Selbstkostenpolitik der Unternehmer angeleitet. Ein gleichmäßiger Lohn- und Preisabbau sollte diese Selbstkosten senken und damit die Krise überwinden.

Die Krise ist entstanden aus einem Zurückbleiben des Absatzes hinter der Erzeugung. Will man sie heilen, so muß man neue Absatzmöglichkeiten erschließen. Ein gleichmäßiges Senken des Lohn- und Preisniveaus verändert das Verhältnis von Absatz und Erzeugung im Innern eines Landes überhaupt nicht. Die Industrie wird zwar durch die Preissteigerung begünstigt. Dadurch wird aber der Kampf um die Absatzmärkte auf dem Weltmarkt verschärft und andere Länder zu ähnlichen Maßnahmen angeleitet. Außerdem könnte die Steigerung der Absatzkraft, wenn sie nicht einseitig ist, das Verhältnis von Absatz und Erzeugung im Innern des Landes verschärfen.

Ein gleichmäßiger Lohn- und Preisabbau genügt nicht. Die Preissteigerung muß weit über das Ausmaß der Lohnsenkung hinausgehen, wenn die erforderliche Absatzsteigerung eintritt. Statt dessen ist die Preissteigerung niedriger, während die Lohnsenkung weiter geht. Das ist ein bedauerliches Verhältnis zwischen Absatz und Erzeugung im Innern des Landes.

Überdies hat die Regierung Brüning durch die Finanzminister die Notwendigkeit einer Extra-Steuer zur Steigerung der Produktion angekündigt. Die Gewerkschaften werden durch die Steuererhöhung in der Produktion gehindert. Die Gewerkschaften werden durch die Steuererhöhung in der Produktion gehindert. Die Gewerkschaften werden durch die Steuererhöhung in der Produktion gehindert.

wieder. Massenentlassungen erfolgen. Die Subventionen würden die Unternehmer nur instandsetzen, die gegenwärtigen überhöhten Preise zu halten, ohne deren Senkung eine Ueberwindung der Krise nicht möglich ist.

Die Unternehmer lehnen diese Art von Subventionen ab, weil sie nicht wollen, daß kleine Unternehmungen auf Kosten der leistungsstärkeren unterstützt werden. Da aber die Unternehmer in dieser Hinsicht sonst gar nicht so heikel sind, dürfte auch ihre Ablehnung auf der Ueberzeugung beruhen, daß bestenfalls eine kurze Scheinblüte erreicht werden könnte, der ein böses Erwachen folgen müßte.

Dietrichs Plan ist zur Prüfung dem Reichsarbeitsministerium übergeben worden, wo er wahrscheinlich lang- und langsam verschwinden wird.

In der letzten Gelegenheit der Vorlesung erörtert worden, die Vorkriegszahlungen zur Ueberwindung der Krise zu bezahlen. Die deutschen Zahlungen sollen an die einzelnen Länder ihren Anteil an der allgemeinen Arbeitslosigkeit zu zahlen und zur Beschäftigung von Arbeitslosen mit Lohn- und Frachtenbau und ähnlichem verwendet werden.

Dieser Vorschlag hängt völlig in der Luft. Erstens müßten unsere Gewerkschaften mit diesem Vorschlag einverstanden sein, was ja bekanntlich nicht ist. Zweitens würden die zur Verfügung stehenden Mittel nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten. Selbst wenn die deutschen Zahlungen nur zu dem europäischen Länder verteilt würden, erwies sich Deutschland knapp 700 Millionen zur Beschäftigung von einer Million Arbeitslosen und aber nur 3 Milliarden Reichsmark erforderlich. Für 700 Millionen lassen sich gerade 200 000 Arbeitslose beschäftigen. Das bedeutet bei unserer fünf Millionen-Arbeitslosigkeit nur eine sehr bescheidene Zahl. Von der Seite der Reparationen läßt sich nichts Wesentliches gegen die Krise tun.

In das Gebiet des Komischen kommen wir, wenn Eugenberg die Statistik retten will. Für ihn gibt es nennendings nur einen Weg: gerade zur Helfershelfer-Karte. Zurück zu einem internationalen Umlaufsatz, das unserer Wirtschaft eine unabsehbare Grundlage der Entwicklung gibt.

Als Helfershelfer Roggenmarkt an Stelle der Goldmark, und alles ist wieder gut. Aber der Roggenpreis macht die tollsten Sprünge auf und ab. Im Innern schon würden die Preise verfallen und jede gesunde Berechnung unmöglich machen. Unser Nutzenhabe würde auf Grund dieser Unstimmigkeit so ziemlich vernichtet werden. Es gehört eine seltene Naivität dazu, wenn ein „Wirtschaftsführer“ die Roggenmarkt als den Weg aus der Krise bezeichnet.

Zudem ist Eugenberg noch ein Kirchenlicht gegen Gottfried Feder, den „Martyr“ der Nationalsozialisten. Feder hat endlich den Dreh gefunden, der im „Dritten Reich“ alle Kapitalnot als ein Märchen aus dem „Zwischenreich“ erscheinen lassen wird: man drucke Noten! Will man zum Beispiel ein Haus bauen und hat kein Geld, so drucke man Noten und zahle damit Arbeiter und Lieferanten. Diese Noten sind ja durch den Wert des zu bauenden Hauses gedeckt. Feder, der übrigens keine Ahnung von der Wirtschaft hat, überhört dabei nur eine Kleinigkeit: Diese Noten werden als Geld umlaufen. Er würde ununterbrochen neue Noten in die Wirtschaft pumpen und so die schönste Inflation erzeugen. Wenn es nämlich so einfach wäre, wie sich das Feder vorstellt, dann würde man bereits im „Zwischenreich“ endlos Noten drucken und sie durch Häuser, Fabriken, Kanäle usw. decken, statt mit Gold und Devisen, wie es das Reichsbankgesetz leider vorschreibt.

Von den Nazis ist nur noch ein kleiner Schritt zu Lubenhorst und Lausitz, die mit Hilfe des zunehmenden Wundbes aus Dred Gold machen wollen, um damit insgehenden und verborgenen die Reparationen zu zahlen. Man sieht, „Reiter“ und Wunderdoktoren gibt es genug. Dafür gibt es um so weniger gesunden Menschenverstand, der immer noch der beste Führer aus der Krise sein dürfte.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband.

Anfang Februar 1931.

Die Arbeitslosigkeit ist im ersten Monat dieses Jahres noch weiter gestiegen. Niemand weiß, wann das unheimliche Wachstum der industriellen Reservearmee einem Umschwung Platz machen wird. Am 31. Januar waren 4 894 000 Arbeitslose in den Listen der Arbeitsämter eingetragen, über eine halbe Million mehr als am Ende des Vormonats und um 1,7 Millionen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In früheren Krisenjahre wurde in der Regel der Höchststand der Arbeitslosigkeit erst im Februar erreicht. Erkennbare Anzeichen, aus denen die Schlußfolgerung gezogen werden könnte, daß ein Umchwung in der Wirtschaftskonjunktur wahrscheinlich ist, sind nicht vorhanden.

Der Arbeitsmarkt für unsere Mitglieder zeigt die gleiche Entwicklung wie der allgemeine Arbeitsmarkt. Unsere Arbeitslosenstatistik weist eine weitere Steigerung der Arbeitslosenzahlen in unserem Verbands aus. Im Vergleich zu der allgemeinen Steigerung der Arbeitslosigkeit, wie sie die amtliche Arbeitslosenstatistik und auch die Statistik des IAW anzeigen, war die Arbeitsmarktlage für unsere Verbandsmitglieder etwas günstiger. Unsere Arbeitslosenstatistik für Ende Januar erfaßte insgesamt 495 197 Mitglieder, davon waren 142 320 oder 27,7 v. H. arbeitslos, 78 420 oder 15,8 v. H. arbeiteten verkürzt. Nach der Statistik des IAW, sind die Verhältniszahlen der arbeitslosen Mitglieder von 31,3 auf 24,5 hinunter, und die der Kurzarbeiter von 16,3 auf 18,8. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit war also im IAW bedeutend stärker als im Fabrikarbeiterverband. Die Kurzarbeiter im Fabrikarbeiterverband waren Ende Januar nur 61,7 v. H. unserer Mitglieder voll beschäftigt gegen 76,1 in der gleichen Zeit des Vorjahres und 82,8 Ende Januar 1929.

Den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrien unseres Verbandes zeigen folgende Verhältniszahlen an:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende Dezember 1930			Ende Januar 1931		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	32,8	28,5	31,9	33,9	28,0	32,7
In der Industrie-gruppe:						
Chemie	21,6	22,9	21,9	21,8	23,4	22,2
Papier	17,5	18,2	17,7	18,5	17,6	18,4
Nahrungsmittel	15,4	29,6	18,8	20,1	30,1	22,5
Spielwaren usw.	58,4	44,0	50,3	49,8	37,6	43,0
Sonstige Industrien	43,8	38,6	39,8	45,8	29,5	41,4
Keramischer Bund insgesamt	49,0	36,6	46,8	49,9	35,5	47,3
a) Porzellan	35,1	27,6	32,2	33,7	26,5	31,0
b) Glas	42,2	39,7	41,9	40,3	36,7	39,8
c) Grobkeramik, Baustoffe	57,9	50,7	57,1	60,7	50,8	59,7

arbeiteten verkürzt:

	Ende Dezember 1930			Ende Januar 1931		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	15,5	18,4	16,1	15,9	20,2	18,8
In der Industrie-gruppe:						
Chemie	19,7	22,2	20,2	20,5	25,7	21,6
Papier	24,2	28,3	25,1	23,8	23,1	23,6
Nahrungsmittel	8,1	4,6	7,2	9,0	5,4	8,1
Spielwaren usw.	24,8	26,9	26,0	26,1	31,2	28,9
Sonstige Industrien	8,8	9,4	8,9	9,0	7,5	8,6
Keramischer Bund insgesamt	13,5	17,5	14,2	14,0	21,5	15,3
a) Porzellan	28,5	26,1	27,6	35,1	33,6	34,5
b) Glas	10,0	12,1	10,8	10,2	13,5	10,7
c) Grobkeramik, Baustoffe	10,2	5,8	9,8	9,0	6,1	8,7

Die Entwicklung des Beschäftigungsgrades war für die einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes im letzten Monat unterschiedlich. Die chemische Industrie zeigte ein ganz leichtes Ansteigen der Arbeitslosigkeit und auch der Kurzarbeit. In der Papierindustrie stiegen ebenfalls die Verhältniszahlen für Arbeitslose, hingegen ging die Kurzarbeit zurück. Die stärkste Zunahme der Arbeitslosigkeit weist die Papier- und Mittelindustrie auf. Die Ursache dafür liegt in der Beendigung der Kampagne-Arbeiten in der Holzindustrie. Eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zeigt die Porzellan-, Glas- und Spielwarenindustrie an. Ob dieser Rückgang der Anfang einer allgemeinen Besserung des Beschäftigungsgrades in den einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes ist, bleibt abzuwarten. Die Arbeitslosigkeit in der Grobkeramik und in der Baustoffindustrie hat weiter zugenommen. Hier sind 60 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos.

Die Aufgliederung der Arbeitslosenstatistik nach Bezirken läßt eine leichte Besserung des Beschäftigungsgrades in einzelnen Bezirken erkennen, so in Niedersachsen, Hannover, Thüringen, Preußen, Sachsen. In den übrigen Bezirken weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, die stärkste in Ostpreußen. Dort sind 54,3 v. H. arbeitslos und 4,9 v. H. unserer Mitglieder arbeiten verkürzt. Auch im Bezirk Brandenburg ist die Steigerung ziemlich hoch. Den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit weisen einige süddeutsche Bezirke auf. Württemberg mit 23,1 und Pfalz mit 23,9 v. H. Hier ist jedoch die Kurzarbeit höher als im Durchschnitt. G. R.



Oberschiedsgerichts-Entscheidung in der Weifshohlglasindustrie.

Nach den Bestimmungen des Manteltariffs, § 8 I Abs. 2 sind alle Glasarten, die der Veredelung (Leben, Quillochieren, Feinschleifen, Malen usw.) unterliegen, nach ihrer ersten Verarbeitung in der Schleiferei, Sortierung und Uebernahme durch die Betriebsleitung dem Glasmacher abzunehmen. Ueber die Auslegung dieser Bestimmungen herrscht unter den Parteien Streit, insbesondere über die Frage: „Was ist unter der ersten Verarbeitung in der Schleiferei zu verstehen?“ Die Firma Glashüttenwerk G. m. b. H. in Finsterwalde beantragte beim Bezirkschiedsgericht der Gruppe I gegen ihre Glasmacher festzustellen, daß die bei ihr zu veredelnden Weher und andere Glasarten nach dem Verschmelzen und Sortieren abzunehmen und zu bezahlen seien. Die Klägerin hat bis zum 17. März 1930 den Beklagten die zum Feinschleifen ausgeschriebenen Gläser nach dem Abpressen abgenommen. Von diesem Zeitpunkt an ist sie dazu übergegangen, die Abnahme erst nach Beendigung der ganzen Arbeitsvorgänge in der Schleiferei, nachdem die Gläser abgepresst, geschliffen und verschmolzen waren, vorzunehmen. — Das Bezirkschiedsgericht befand sich in einer am 22. August 1930 stattgefundenen Sitzung mit der Streitfrage und kam zur Abweisung des Klageantrages der Firma. Wegen dieser Entscheidung wurde vom Schlichterband Deutscher Glashütten Verufung eingeleitet. In der am 16. Januar 1931 stattgefundenen Sitzung des Oberschiedsgerichts wurde die Verufung gegen das Urteil des Bezirkschiedsgerichts verworfen.

Gründe.

Die zur Entscheidung stehende Frage ist schon einmal am 20. November 1928 Gegenstand der Verhandlung vor dem Oberschiedsgericht gewesen (vgl. S. 19 der abgedruckten Entscheidung). Auf den Inhalt des Schiedspruches wird Bezug genommen. Das Oberschiedsgericht hat keine Veranlassung gefunden, seinen in der genannten Entscheidung eingenommenen Standpunkt zu ändern, sondern hält in jeder Beziehung an den damaligen Ausführungen fest. Im einzelnen ist auf das Parteivorbringen in vorliegender Sache noch folgendes hinzuzuführen:

Die damalige Entscheidung des Oberschiedsgerichts hat keinerlei prinzipiell und allgemein zu der Frage Stellung genommen, daß das Abpressen in der Schleiferei für sich eine gesonderte Arbeitsart darstelle, sondern hat die Entscheidung auf den damals vorliegenden Einzelfall abgestellt. Auch in vorliegender Sache hat der klagende Betrieb nicht behaupten können, daß bei ihm die tatsächlichen Verhältnisse von damals anders liegen. Hiernach kann naturgemäß ein Interesse an der Feststellung der zur Entscheidung stehenden Frage auch nur für seinen Betrieb angenommen werden. Daher ist auch im vorliegenden Fall vom Oberschiedsgericht die Entscheidung auf den vorliegenden Betrieb abgestellt.

Wenn der Schlichterband in seiner Berufungsbegründung seine gegenteilige Ansicht unter Zuhilfenahme von §§ 123 und 127 W.B. auf die logische Schlussfolgerung stützt, daß kein Grund vorhanden sei, die später zu veredelnden Glasarten anders zu behandeln als die nicht zu veredelnden, zumal ja

von vornherein gar nicht eine Bestimmung getroffen werde, ob die Glasarten veredelt werden sollten oder nicht, ja daß sehr viele die Schleiferei nach dem Verschmelzen verlassene Glasflächen erst lange Zeit lagerten, ehe ihre Veredelung beschlossen würde, so können alle diese vorgebrachten Schlussfolgerungen lediglich als Vorschläge für den Neuabschluss eines Manteltarifvertrages von Interesse, niemals aber für die Auslegung einer Tarifbestimmung von Bedeutung sein. Deswegen kann auch das Oberschiedsgericht nicht den Ausführungen des Bezirkschiedsgerichts folgen, wenn es sagt:

„Das Schiedsgericht verkennt nicht, daß logische Erwägungen zugunsten des Standpunktes der Klägerin sprechen. Es ist in der Tat nicht einleuchtend und sogar unbillig, daß Glasmacher, die zur Veredelung bestimmte Glasarten anfertigen, gegenüber den Arbeitkollegen, die andere Glasarten arbeiten, bevorzugt werden.“

Es ist nicht Sache der Tarifschiedsgerichte, sich darüber zu äußern, ob einzelne Tarifbestimmungen zueinander passen oder in logischen Einlang zu bringen sind. Auch offenbar unlogische Bestimmungen eines Tarifvertrages müssen von den Tarifinstanzen zur Durchführung gebracht werden, sofern nur feststeht, daß die Tarifparteien selbst im Bewußtsein mangelnder Logik sie in diesem Sinne festgelegt wissen wollten. Das Oberschiedsgericht hat nun in seiner Entscheidung vom 30. November 1930 ausgesprochen, daß nach seiner Meinung beide Tarifparteien beim Abschluß des Vertrages davon ausgegangen sind, daß als erste Verarbeitung in der Schleiferei nur das Abpressen anzusehen ist. Nach dem nicht bestrittenen Vorbringen der Beklagten hat bis zum Jahre 1923 die Abnahme aller Glasarten, auch der nicht zur Veredelung bestimmten, schon nach der Abpressung in der Schleiferei stattgefunden. Dies hat sich erst durch den Tarifvertrag von 1927, d. i. die jetzt noch geltende Bestimmung, geändert. In dem dem Oberschiedsgericht in Abschrift vorgelegten Tarifvertrage vom 15. Juni 1923, dessen vortragegenen Inhalt von den Parteien nicht bestritten ist, heißt es in § 3:

b) Die Abnahme und Berechnung des angefertigten Glases erfolgt:

1. bei allen Glasarten, die keiner weiteren Verarbeitung in der Schleiferei usw. unterliegen, nach ihrer Sortierung und Uebernahme durch die Betriebsleitung;
2. bei allen übrigen Glasarten nach ihrer Verarbeitung in der Schleiferei usw.

Da nun unstreitig damals die Abnahme schon nach der Abpressung erfolgt ist, wird nunmehr die vom Oberschiedsgericht schon in seiner früheren Entscheidung vertretene Ansicht, daß unter „erste Verarbeitung in der Schleiferei“ nur das Abpressen verstanden werden kann, absolut gestiftet. Demgegenüber kann die von dem Schlichterband aufgestellte Auslegung, alle Arbeitsphasen in der Schleiferei seien zusammen als „erste Verarbeitung“ der Veredelung als der zweiten Verarbeitung gegenüberzustellen, nicht von Bedeutung sein.

Nach alledem war der Verufung des Schlichterbandes der Erfolg zu verlagern.

geg. Dr. Deppe.

Zur Entwicklung der Fensterglaserzeugung.

Die Erzeugung von Fensterglas bildet in der historischen Entwicklung der Glaserzeugung ein besonderes Kapitel. So alt das Glas auch ist, und soweit auch die Verwendung des Glases zu den verschiedensten Gebrauchszwecken in der Geschichte der Menschheit zurückreicht, so daß wir bei vielen Kulturverwendungsarten nicht mehr imstande sind, auf ihre erste Spur zurückzuführen, so macht doch der Gebrauch des Fensterglases hiervon eine Ausnahme. Wir können ruhig sagen, daß die Fensterglaserzeugung wohl zu den jüngsten Zweigen der so vielseitig sich betätigenden Arten des Glasgewerbes gehört.

Wohl haben die Menschen schon frühzeitig in der Geschichte ihre Wohnräume mit Öffnungen versehen, um Luft und Licht in sie einströmen zu lassen, und früh waren sie bestrebt, Stoffe zu finden, um dem Lichte einen dauernden Zutritt zu ermöglichen, ohne auch gleichzeitig von allzu rauher oder kalter Luft belästigt zu werden. Solche Stoffe in die Fenster eingelebt, finden wir zwar schon bei sehr alten Völkern, aber sie waren nicht aus Glas, sondern man mußte sich mit anderen Mitteln begnügen. Bei den Chinesen z. B. dienten zu Fensterstößen sehr feine, mit einem glänzenden Lack überzogene Stoffe, vor allem Horn, das sie in ganz dünnen Blättern für diesen Zweck zu verarbeiten verstanden. Auch geschliffene Musterschalen sollen die alten Chinesen für die Beschichtung ihrer Wohnräume benutzt haben. Auch die Römer fertigten Fensterstößen schon im 2. Jahrhundert n. Chr. aus Horn an und benutzten schon vorher Spiegelschalen, eine Art Frauen- oder Marienglas, oder dünn geschliffenen Achat oder Warmor. Man hat zwar bei den ersten Ausgrabungen von Pompeii Bruchstücke von Glasfenstern gefunden, aber es konnte daraus nicht mit Sicherheit geschlossen werden, ob damals bereits Glasfenster im Gebrauch waren. Es wird sich ja nun zeigen, nachdem bei den neuesten Ausgrabungen die ganze untergegangene Stadt bloßgelegt wird, ob sich dafür bessere Anhaltspunkte finden. Sicher ist, daß im 4. Jahrhundert von Gregor von Tours bereits Kirchenfenster aus gefärbtem Glas erwähnt wurden. Ebenso, daß um 674 der Abt Benedikt französische Glasmacher nach England kommen ließ, um eine von ihm erbaute Kirche mit Glasfenstern auszustatten. Dasselbe tat 726 der Bischof von Worcester. Gegen das Ende des 8. Jahrhunderts ließ Papst Leo III. die ersten Glasfenster in der Laterankirche zu Rom einbauen, und in Deutschland soll bereits im 10. Jahrhundert das Kloster in Tegernsee Fenster mit buntem Glasstücken gehabt haben.

Wie wir dieser kurzen geschichtlichen Skizze entnehmen, spielte die Ausstattung der Fenster mit Glasfenstern ursprünglich wohl im Kirchenbau die größte Rolle, während deren Verwendung für menschliche Wohnungen erst viel später einsetzte. In Frankreich stammen zum Beispiel die ältesten Glasfenster in Kirchen höchstens aus dem 12. Jahrhundert, während erst im 14. Jahrhundert solche auch in Wohnhäusern angebracht wurden. Dagegen soll man um 1180 in England bereits in vielen Privathäusern Glasfenster gehabt haben. Interessant ist auch, daß es Venas Sylvius noch im Jahre 1458 auffallend fand, daß in Wien die meisten Häuser mit Glasfenstern versehen waren, ein Zeichen also, daß in vielen anderen Ländern noch im 15. Jahrhundert der Gebrauch von Glas in Form der verschiedensten Erzeugnisse schon Jahrtausende vorher allgemein bekannt gewesen ist.

Langsam, wie die Entwicklung der Verwendung des Fensterglases durch den Gang der Geschichte eine, vollzog sich auch die Entwicklung der Erzeugung von Fenstertafeln. Genau so, wie sich in der Herstellungsart des Glases überhaupt seit Jahrtausenden, bis herein in das 19. Jahrhundert, nichts geändert hat, genau so sind die Methoden der Fensterglaserzeugung seit Jahrtausenden dieselben geblieben. Solange Glas auf der Welt herbeigeholt wird, arbeitete der Glasbläser des 19. Jahrhunderts noch mit denselben einfachen Mitteln und

Geräten, wie der Glasmacher im alten Ägypten, zur Zeit der berühmten Pharaonen. Die Hindernisse, die sich allen technischen Fortschritten auf diesem Gebiete in den Weg stellten, lagen vor allem darin, weil die Glaserzeugung eine Kunst war, die der Glasmacher Jahrtausende geheimgehalten verstand, die er nur auf seinen Sohn übertrug und sonst niemandem in seine Methoden, in die Zusammensetzung der Rohmaterialien und in die verschiedenen Künste des Glasvorganges Einblick gewährte. Andererseits war auch die Möglichkeit, Glas mit mechanischen oder maschinellen Mitteln herzustellen, von sehr gering, weil die Verbrechlichkeit des Glases die Einführung maschinenähnlicher technischer Hilfsmittel immer wieder erschwerte, ein Umstand, der übrigens auch heute noch nicht gänzlich beseitigt werden konnte.

Immerhin hat auch auf diesem Gebiete die Technik Wunderleistungen vollbracht, mit denen wir insofern zufrieden sein können, weil ihr in den letzten hundert Jahren eine vollständige Umwälzung auch auf dem Gebiete der Fensterglaserzeugung gelang, die wir uns nie hätten träumen lassen. Die ersten Versuche, Fensterglas mit technischen Mitteln herzustellen, verdanken wir einem Deutschen, Paul Siebert in Dresden war es, der eine Maschine dafür erfand, mit der er die Einzelheiten der handwerksmäßigen Arbeitsgänge der Tafelbläserei so sinnreich nachahmte, daß schon die erste Maschine dieser Art praktische Verwendung finden konnte. Leider konnte sich der Erfinder im Anfang bei uns in Deutschland mit seinem Patent nicht durchsetzen, weil man der Auffassung war, daß die Maschine nicht die Vorteile gewährte und nicht den Anforderungen entspräche, die man allgemein von technischen Fortschritten erwartete. Siebert mußte sich daher an das Ausland wenden, und es gelang ihm auch, daß sich eine französische Glasunternehmung für die Maschine interessierte und sie in Neumont zur Aufstellung brachte. Erst darauf fand sich auch eine deutsche Unternehmung, die Firma Gebrüder Müllersien, die sich für das Siebert-Verfahren einzusetzen begann, einen Zusammenschluß der Glashütten Westdeutschlands und an der Saar bewirkte, um die Maschine einzuführen. Für die wirkliche praktische Leistungsfähigkeit der Maschine mußten allerdings damals noch viele kostspielige Versuche gemacht werden, um endlich die Erzeugung verwendbaren Glases durchzuführen.

Nachdem das Erzeugnis, mit Hilfe der Siebertschen Maschine den Reichtum des Glasmachers beibehielt, traten allmählich mehrere Erfinder auf den Plan, die diesen Mangel zu beseitigen strebten und auch sonst verschiedene Verbesserungen erfunden haben wollten, von denen sich viele als für die Praxis ungeeignet erwiesen oder, soweit sie eingeführt wurden, nicht bewährten. Die bedeutendsten Erfindungen auf dem Gebiete der mechanischen Fensterglaserzeugung waren daher unserem Jahrhundert vorbehalten. Immerhin teilte auch da noch das Erfinderschiedsgericht des Deutschen Siebert ein Amerikaner Lubbers, der sein ganzes Vermögen einer von ihm erfundenen Fensterglasmaschine geopfert hat und später völlig verarmt gestorben sein soll. Die Lubbersche Maschine wurde zwar in zahlreichen Betrieben der amerikanischen Glasindustrie nach dem Tode des Erfinders aufgestellt, wurde auch bei uns in Deutschland zuerst bei Witten an der Ruhr und in Glasbetrieben an der Saar eingeführt, hatte aber ungefähre dieselben Mängel aufzuweisen, die schon der Benutzung des Siebertschen Patentes so große Schwierigkeiten bereitete. Auch bei dieser Maschine führten erst mühsame und teure Versuche zu weiteren Verbesserungen des Verfahrens, und erst kurz vor dem Weltkriege war es möglich, ein einwandfreies Erzeugnis mit dem Lubberschen Zylinderziehverfahren zu erzielen.

Das Zylinderziehverfahren auf dem sowohl die Siebertschen wie die Lubberschen Maschinen beruhten, wurden aber bald in Europa (Amerika arbeitet heute noch hauptsächlich im

Lubbers-Verfahren) verdrängt, als der belgische Glasfabrikant G. Bourcault mit der nach ihm benannten Erfindung des Tafelziehverfahrens hervortrat. Der Erfinder hatte allmählichweise die Gelegenheit, die Neuerungen in seinen eigenen Betrieben durchzuführen, sonst wäre es ihm vielleicht auch so ergangen, wie seinen Vorgängern Siebert und Lubbers, daß sich die Erfindung ebenfalls jahrzehntelang nicht hätte durchsetzen können. Ein glänzender Beleg für diese Tatsache ist, daß sich Bourcault an eine Reihe belgischer Glaserzeuger gewandt hatte, um für seine kostspieligen Versuche finanzielle Mittel zu erhalten, dabei aber so gut wie nichts erreichte. Wir stoßen also, wie überall in der Geschichte der Technik, auch hier auf die Erscheinung, daß der Erfinder in seinem Lande nichts bedeutet, und daß das Gute auch dann in noch der Wunschlichkeit Weibern begegnet, wenn es längst die schlagendsten Beweise seines Könnens und seiner Leistung erbracht hat.

Dem Bourcault-Verfahren ähnlich ist die neueste und bisher die letzte Erfindung auf dem Gebiete der maschinellen Fensterglaserzeugung, das Libbey-Owens-Verfahren. Auch dieses Verfahren beruht auf der Basis, Glasfenster unter Ausschaltung des teuren Streckprozesses direkt im Schmelzgefäß zu gewinnen, es ist also ebenso wie jenes ein Tafelziehverfahren, nur mit dem Unterschiede, daß bei der Bourcault-Methode das Glasband in vertikaler und beim Libbey-Owens-System in horizontaler Lage durch die Stühlanlage geleitet wird, nachdem es sich vorher in etwa einen Meter Höhe über eine Walze legt. Das Libbey-Owens-System ist eine amerikanische Erfindung und wurde zuerst bei der The Libbey-Owens Sheet-Glass Company in Newyork zur Einführung gebracht. Die Bourcault- und Libbey-Owens-Methode sind zur Zeit die führenden Systeme der Fensterglaserzeugung und haben auch in wirtschaftlicher Hinsicht bewirkt, daß die uralte Tradition einer jahrtausendalten Arbeitsweise, man kann sagen in wenigen Jahren vollständig gewandelt wurde, und so gewandelt wurde, daß der Maschinenbetrieb der Glaserzeugung in den kaum fünfzig Jahren seiner Entwicklung fast das ideale Ziel der Möglichkeiten für eine solche Entwicklung erreicht hat. Den Fachkreisen sind ja Einzelheiten, die unter Thema berühren mußte, wohl bekannt, aber im Gesamtbild des Entwicklungsganges der Fensterglaserzeugung liegt doch für uns alle die Tatsache, daß wir in einer Zeit des größten Fortschrittes leben, in einer Zeit, wo der Siegeslauf der Technik alle Träume der Jahrhundert erfüllt, so daß es wahrlich eine Lust ist, in dieser Zeit zu leben.

Karl Dopf, Hamburg.

Neue Lohnsätze.

Die Mode, die gegenwärtige Zeit zu benutzen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen herabzusetzen, hat auch die Direktion der Spiegelglaswerke „Germania“ in Porz, veranlaßt, den Lohnvertrag zum 31. Dezember 1930 zu kündigen.

Die Firma verlangte in ihrem Kündigungsschreiben, daß die Verhandlungen unverzüglich aufgenommen werden sollen und verlangte, daß die Stundenlöhne um 10 Proz. reduziert werden.

Die Arbeiterschaft hat in einer Betriebsversammlung zu der Kündigung des Lohnvertrages Stellung genommen und die Verhandlungsleitung beauftragt, der Firma den Antrag zu unterbreiten, die Stundenlöhne um 10 Proz. zu erhöhen, ferner die Arbeitszeit, die damals nur 3 und 4 Tage betrug, auf 48 Stunden zu erhöhen, da während der Kündigungszeit die Arbeitsleistung und Anforderungen an jeden einzelnen Arbeiter beträchtlich gestiegen sind.

Die Verhandlungen, die 6 Stunden gedauert haben, endeten mit nachstehender Vereinbarung:

1. Ab der Lohnwoche vom 6. Februar 1931 ermäßigen sich die tariflichen Stundenlöhne um 4 Prozent,
2. ab der Lohnwoche vom 3. April 1931 um weitere 2 Prozent.
3. Für die Hofarbeiter ermäßigen sich die tariflichen Stundenlöhne um insgesamt 4 Prozent.
4. Dieses Lohnabkommen kann mit einmonatiger Frist gekündigt werden zum erstenmal zum 1. August 1931.
5. Im übrigen bleibt das Lohnabkommen vom 10. Juni 1929 in Kraft.
6. Die Firma erklärt sich bereit, mit Einführung dieses Lohnabkommens die tägliche Produktion so einzurichten, daß 6 Tage in der Woche gearbeitet werden. Zu diesem Zwecke werden die Mannschaften der Schleiferei und des Magazins verringert und aus den freierwerbenden Arbeitern wird eine Hofkolonne gebildet, die aber nur an 5 Tagen der Woche beschäftigt werden kann. Allerdings soll das Personal dieser Kolonne von Zeit zu Zeit mit demjenigen der Schleiferei bzw. des Magazins ausgetauscht werden. Diese Kolonne arbeitet im Hofbetrieb zum Hofarbeiterlohn.

Die Arbeiterschaft hat sich in einer Betriebsversammlung mit diesem Verhandlungsergebnis beschäftigt und gegen eine starke Minderheit beschlossen, der Vereinbarung zuzustimmen. Dabei war ausschlaggebend, daß die Arbeitszeit sofort auf 40-48 Stunden erhöht wurde und damit dem früheren Zustande der übermäßigen Arbeitsleistung ein Ende gemacht wurde, und das Einkommen des Arbeiters wurde dadurch praktisch erhöht.

In der Verhandlung selbst hat die Verhandlungsleitung mit dem Arbeiterrat alles versucht, um den Lohnabbau abzuwehren, aber es gelang nicht, und auch am Kölner Schlichtungsausschuß wäre sicher ein Abbau eingetreten. Die Einstellung der Schlichtungsausschüsse ist reiflos auf Lohnabbau eingestellt, und es wäre kein besseres Ergebnis herausgekommen. Die Verhandlungsleitung hat in der Versammlung auch die Möglichkeit vor die Alternative gestellt, durch einen Streit zu einem besseren Ergebnis zu kommen. Nach reiflicher und gründlicher Aussprache wurde ein Kampf nicht für richtig befunden, obwohl mehrere Redner sich dafür aussprachen. Das Bedeutende in der Versammlung war, daß der Verhandlungsleitung und dem Arbeiterrat das Vertrauen ausgesprochen wurde. Wenn es immer so bleibt, dann wird auch diese Bewegung für die Organisation und für alle Beteiligten Früchte tragen. Nunmehr ergeht aber der Ruf an die Belegschaft, bis zum 1. August die Organisation auszubauen, denn nur dadurch wird es möglich sein, einen weiteren Abbau abzuwehren.

R. Hertwig.

275 Jahre Glashütte.

Die Kristallglashütten-Werke Rangrab & Co. in Kaiserwalde im Glaser Gebiet feiert im 275. Jahr ihrer Tätigkeit. Die Hütte wurde 1656 von Adam Peterhauer begründet und wurde 1710 von seinem gebliebenen Sohne übernommen, dessen Sohn verkaufte 1728 die Hütte an eine Gräfin von Sickingen. Dann wechselte sie mehrmals ihren Besitzer und kam 1800 wieder in den Besitz eines Glasmachers, einem von der Glasmacherfamilie Rohrbach. Von 1835 wechselte das Werk seinen Besitzer wieder mehrfach und 1885 erwarb sie Gustav Rangrab, der Vorfahr der jetzigen Familie Rangrab, der heute noch die Hütte gehört. Die schönsten Produkte dieses Werkes sind: Urghal-Glas, Bier- und Burzgegenstände von feinem Reiz.



Enquete-Bericht über die deutsche Porzellanindustrie.

Im Mai 1928 beschloß der Deutsche Reichstag, eine Wirtschaftsenquete-Kommission einzusetzen. Diese Kommission sollte sich aus Parlamentariern und bürgerlichen Ökonomen zusammensetzen. Sie sollte das Recht haben, Untersuchungen über die Wirtschaftslage der einzelnen Industrien anzustellen. Dabei konnte die Kommission Industrielle sowie Wirtschaftsorganisationen, Kartelle sowie einzelne Verleihen usw. einbilden. Unternehmern und die schwerindustrielle Presse liefen damals Sturm gegen diesen Beschluß. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung sagte damals: „Was soll uns diese Kommission, sie führt nur zu Mißverständnissen über die wahre Lage in der Industrie.“ Und die „Vergewertung“ schrieb damals: „Dass außerdem politisch Interessierte versuchen werden, aus der wissenschaftlichen Durchdringung und Durchleuchtung der Wirtschaft für ihren politischen Bau Material zu sammeln, liegt klar auf der Hand.“ Von der Unternehmenseite ist also die Kommission nicht besonders freundlich empfangen worden.

Diese Wirtschaftsenquete-Kommission hat nun getagt und auch für die feinkeramische Industrie ihre Arbeiten abgeschlossen. Der Vorsitzende der Kommission, die die Struktur der feinkeramischen Industrie untersucht hat, war Geheimrat Professor Dr. Bernhard Harms, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität in Kiel. Etwa 100 Sachverständige aus den Kreisen der Porzellanindustrie, Fabrikanten, Händler, wirtschaftliche Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Lieferanten der Rohprodukte, Behörden usw. sind vernommen worden.

Die Kommission hat im Frühjahr 1927 mit ihren Arbeiten begonnen. Diese waren in der Mitte des Jahres 1930 abgeschlossen. Jetzt ist, verlegt bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin, der 12. Band Die deutsche Porzellan- und Steingutindustrie, 1. Teil, Verhandlungen und Berichte des Untersuchungsausschusses für allgemeine Wirtschaftsinformation über den Außenhandel in technischem Porzellan. Ein Band, der noch folgen soll (Band 13), umfasst als zweiten Teil die Darstellung der Produktions- und Binnenabgabeverhältnisse der Steingutindustrie und die Untersuchungen über den Weltmarkt in feinkeramischen Haushaltswaren. In diesem zweiten Teil sind auch die wichtigsten Ergebnisse der Gesamtuntersuchungen über die Porzellan- und Steingutindustrie in einer kurzen Schlussbetrachtung zusammengefaßt. Das Buch kostet broschiert 8,00 Mark. Bei dem großen Interesse, das wir als Porzellan- und Steingutarbeiter diesen Untersuchungen und damit dem Buche entgegenbringen, dürfte es sich empfehlen, Bestellungen bei der Zentralbranchenleitung vorzunehmen. Wir werden die Verteilungen der Verlagsfirma übermitteln. Die Anschaffung des Buches für unsere Zahlstellenleitungen und für ihre Bibliothek kann empfohlen werden.

Im folgenden werden erst einmal ein Bericht über die Porzellanindustrie insgesamt und in späteren Abhandlungen dann Einzelheiten gegeben.

Von der deutschen Porzellanindustrie werden in 200 Fabriken mit etwa 69 000 beschäftigten Personen rd. 135 000 t Porzellan im Werte von 200 Millionen Reichsmark hergestellt; davon entfallen 111 Millionen Reichsmark auf Geschirrporzellan, 31 Millionen auf Bierporzellan, 54 Millionen auf technisches Porzellan. Gegenüber der Vorkriegszeit ist die Erzeugung von Geschirrporzellan mengenmäßig um 15 bis 25 Prozent gestiegen, die Herstellung von Bierporzellan dagegen auf die Hälfte gefallen, die Produktion von technischem Porzellan hat sich mindestens verdoppelt. Die Hauptstandorte der Porzellan-Industrie sind Bayern (besonders Oberfranken) mit 44,9 Prozent der beschäftigten Personen, Thüringen (33,9), Sachsen (5,8) und Schlesien (10,6 Prozent), für Hochspannungsporzellan neuerdings auch Berlin. Infolge des Rückgangs der Nachfrage nach Bierporzellan ist die relative Bedeutung der thüringischen Industrie im Vergleich zur Vorkriegszeit gesunken. 1925 waren noch 60 Prozent (1907: 78,5 Prozent) der Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 500 Personen, dagegen 10 Prozent (1907: 4 Prozent) in solchen mit mehr als 1000 Personen tätig. Die optimale Betriebsgröße liegt in der Geschirrporzellan-Industrie bei einer Fabrik von sechs bis acht Rundböden, in der Bierporzellan-Industrie bei drei bis vier Böden. Für die Herstellung von Hochspannungsporzellan wird eine Betriebsgröße von sechs bis acht Anlagen angedacht; durch Übergang zu modernen Arbeitsmethoden und Zusammenfassung der zerstückelten Betriebe dürfte hier, wie bei Geschirrporzellan, eine Vergrößerung des betrieblichen Optimums eintreten. Für die Herstellung von Hochspannungsporzellan kommt nur der Großbetrieb in Betracht, da nur für diesen die Kosten des erforderlichen wissenschaftlichen und technischen Stabes sowie der Ausrüstungseinrichtungen und elektrischen Prüfmittel tragbar sind.

Die Untersuchungs-Konzentration

Ist durch die doppelte Aufgabe bedingt, den Abnehmern ein möglichst mannigfaltiges Sortiment vorzulegen und gleichzeitig die Herstellung möglichst rationell vorzunehmen, was durch Spezialisierung der Betriebe und deren Zusammenfassung in Großunternehmungen erreicht werden kann; zudem bedeutet die Zusammenfassung von technischem Porzellan (Produktionsmittel) und Haushaltsporzellan (Konsumgut) eine Minderung des Verwaltungsaufwandes. Von den großen Konzerngruppen werden 53 Prozent der Geschirrporzellanerzeugung, 94 Prozent der Hochspannungsporzellanerzeugung und mehr als 60 Prozent der Bierporzellanerzeugung hergestellt. Die wichtigsten Gruppen sind der Konzern der Porzellanfabrik Kahla AG (Gez. am 1. 1. 1928: 55,5 Millionen Reichsmark, die zum Jahresende der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft gebildet, unter dem Bankhaus Gebr. Arnhold nachstehenden Gruppen: C. M. Sauter & Co. AG (11,3 Millionen Reichsmark), die Kahla AG (11,3 Millionen Reichsmark), die Porzellanfabrik Meißen AG (11,3 Millionen Reichsmark) und die Porzellanfabrik Chemnitz AG (11,3 Millionen Reichsmark). Die Kahla AG ist die Staatliche Porzellanfabrik, die die Staatliche Porzellanfabrik Chemnitz und die Staatliche Porzellanfabrik Meißen umfaßt. Die Kahla AG ist die Staatliche Porzellanfabrik, die die Staatliche Porzellanfabrik Chemnitz und die Staatliche Porzellanfabrik Meißen umfaßt. Die Kahla AG ist die Staatliche Porzellanfabrik, die die Staatliche Porzellanfabrik Chemnitz und die Staatliche Porzellanfabrik Meißen umfaßt.

bedarfs, die der L. Sauter & Co. AG 75 Prozent ihres Kaolinbedarfs zur Masseherstellung, 33 Prozent ihres Bedarfs an Kapselrohstoffen, 10 Prozent ihres Feldspat- und 100 Prozent ihres Megmatitbedarfs aus eigenen Rohstoffquellen. Die Staatl. Magnesia AG kontrolliert die gesamte deutsche Specksteinförderung; 10 Prozent liefert sie an fremde Firmen. Die Konzerne haben sich auch Hilfsproduktionen (s. B. Ofen- und Maschinenbauabteilungen, Dampfabrikation) angegliedert, der Rosenthal-Konzern ist durch Errichtung eigener Verkaufsniederlassungen in die Absatzsphäre eingedrungen.

Die in Deutschland hergestellten Porzellanmassen bestehen aus 85 bis 65 Prozent Tonjurtaun, 10 bis 40 Prozent Quarz und 15 bis 35 Prozent Feldspat. Der wichtigste Rohstoff ist Kaolin, das an zahlreichen Lagerstätten in Deutschland gewonnen wird. Die gesamte deutsche Produktion beträgt etwa 800 000 t Rohkaolin oder 270 000 t geschlämmtes Kaolin (in dieser Form wird es meist von den Porzellanfabriken bezogen).

Lies Unfallverhütungs Vorschriften

nicht erst
im Krankenhaus!

Verlagsgesellschaft L. A. L. L. Berlin, 100, Wilhelmstr. 10, Telefon 10000

Im Kaolinverbrauch steht die Porzellanindustrie mit 110 000 t gleich 25 Prozent des deutschen Konsums hinter der Papierindustrie (240 000 t gleich 50 Prozent des Gesamtverbrauchs). 40 Prozent des Verbrauchs der Porzellanindustrie wird aus dem Ausland, vorwiegend aus der Tschechoslowakei (Bettlitz) bezogen, während der Anteil des Auslandsbezugs vor dem Krieg mehr als 70 Prozent betrug. Die deutschen Kaoline sind im Durchschnitt kaum halb so teuer wie das beste böhmische Material.

Zur Rationalisierung des Produktionsprozesses wurden in den letzten Jahren einige Verbesserungen eingeführt, vor allem durch Automatisierung, sowohl bei der Aufbereitung als auch bei der Formgebung. Auf dem Gebiet des Ofenbaus ist die wichtigste Veränderung der Übergang vom periodischen Rundofensystem zum kontinuierlichen Tunnelofenbetrieb, doch sind bisher nur sechs Tunnelöfen gegenüber 800 bis 1000 Rundböden in Deutschland in Betrieb. Der Enquete-Ausschuss hat jedoch den Eindruck gewonnen, daß für Elektroporzellan und Stapelgeschirrtunnelöfen modernster Bauart technisch und wirtschaftlich den Rundböden weitlich überlegen sind.

Ablos und Organisation.

Der deutsche Verbrauch an Haushaltsporzellan je Kopf der Bevölkerung betrug 1913: 440 Gr. 1925: 620-780 Gr., 1928: 640-655 Gr. Der auffallend hohe Verbrauch im Jahre 1925 dürfte auf eine einmalige Ergänzung der durch Krieg und Inflation verringerten Bestände zurückzuführen sein. Wobeshwankungen machen sich etwas stärker als vor dem Kriege bemerkbar. Die Porzellanindustrie setzt 55 Prozent, die Bierporzellanindustrie 40 Prozent ihrer Produktion im Inland ab. Beide Zweige sind in Kartellen organisiert. Die Abnehmer mußten sich bei Geschirrporzellan zum anschließlichen Bezug durch Revers verpflichten; die Fabrikate wurden in Qualitätsklassen eingeteilt, damit nicht die Preis Konkurrenz durch Qualitätskonkurrenz ersetzt wird. Die Umgehung der Preisbestimmungen durch beliebige Preise für Bruch (etwa 5 Prozent der gesamten anfallenden Produktion) wurde durch die Schaffung von drei Bruch-Verkaufsstellen des Verbandes verhindert. 30 Prozent des Bruches (Fehlerporzellans) gehen an Warenhändler, 20 Prozent an Großhändler und 50 Prozent an Wandergewerbetreibende und Einzelhändler. Die Bier- und Kunstporzellanindustrie hat sich ein Kalkulationsziel festgesetzt: 135 Mitglieder angehören. Die ange-schlossenen Betriebe sind nicht nach Qualitätsstufen, sondern nach Abnehmergruppen eingeteilt.

Die Abnehmergruppen der Fabriken betragen 1928 an Verkaufswert 32 Mill. Reichsmark zum Zwecke der Vertriebsarbeit. Der Absatz der Malereien erfolgt zu 60 Prozent im Inland, zu 40 Prozent im Ausland. Der Absatz der Geschirrporzellan an den Großhandel betrug 20 Millionen Reichsmark, 32 Prozent der Inlandlieferungen. Die Fabriken an Einkaufsgewinnheiten belaufen sich auf über 15 Mill. Reichsmark, die direkten Lieferungen der Fabriken an die Einzelhändler rd. 12 Millionen, der gesamte Fabrikwert des durch den Einzelhandel vertriebenen Geschirrs beträgt etwa 50 Mill. Reichsmark. Der Umsatz des Einzelhandels (ohne Warenhändler) in Porzellan geschirrt 5 bis 100 Mill. Reichsmark. Die Zahl der Spezialgeschäfte für Porzellan und Glas sowie Haus- und Küchengeräte belief sich nach der Betriebszählung auf 11541, die 3 000 Personen beschäftigten. Durch die Warenhändler gelangen 13 bis 15 Mill. Reichsmark, s. B. 20 bis 25 Prozent des Inlandsabzuges (Fabrikwert), vor allem Stapelware und mittlere Qualitäten an die Kontinente. Der Absatz der Fabriken an „fachfremde“ Abnehmer an Wandergewerbetreibende beträgt 2 bis 3 Mill. Reichsmark. Insgesamt wird der Produktionswert von Geschirrporzellan aus Porzellan auf 9 bis 10 Millionen Reichsmark beziffert.

Der Bedarf an Elektroporzellan

wird durch die fortschreitende Elektrifizierung vermehrt aber andererseits dadurch vermindert, daß teilweise Freileitung durch Kabelleitung und Porzellan durch Porzellankurrogate ersetzt werden kann. Der deutsche Verbrauch an Hochspannungsporzellan ist von 11,8 Mill. Reichsmark im Jahre 1925 auf 17,4 Millionen im Jahre 1928 gestiegen. Für Porzellanisolatoren bedeutet, der Verkauf von Steatitzeugnissen, der im Inland von 424 Mill. Reichsmark im Jahre 1925 auf 891 Mill. Reichsmark im Jahre 1928 gestiegen ist. Eine Schmälerung des Absatzes, neuerdings tritt als Konkurrenz auch Kunstharz (Vafelit) auf. Der Verbrauch von Niederspannungsporzellan betrug 1925: 16,1 Mill. Reichsmark, im Jahre 1928 9,9 Millionen, 1927: 16,4 Millionen, 1925 19,2 Millionen. Der Inlandsverbrauch von Strahlprodukten für Niederspannungszwecke betrug 1928: 4,8 Mill. Reichsmark. Die Hochspannungsporzellan herstellenden Firmen sind fast lückenlos in den Vereinigten Hochspannungs-Isolatorenwerken G. m. b. H. zusammengeschlossen (Kartell mit Absatzkontingentierung und Mindestpreisen). Bei Niederspannungsmaterial sind etwa 70 bis 75 Prozent der Produktion im Verband deutscher elektrotechnischer Porzellanfabriken organisiert. Dieser Verband regelt die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen und ist bestrebt, die Normung zu fördern.

Die Weltproduktion an Elektroporzellan beträgt rd. 200 Millionen Reichsmark. Die deutsche Produktion von 45 Millionen Reichsmark wird nur von den Vereinigten Staaten (97 Mill. Reichsmark) übertroffen. In den Weltmarkt gelangen etwa 25 Mill. Reichsmark gleich 12 Prozent der Produktion. Deutschland ist das größte Exportland, es befreit 35 Prozent des Weltmarktes. Die deutsche Einfuhr ist verschwindend gering. In der Richtung der Ausfuhr hat sich insofern eine Veränderung ergeben, als der europäische Anteil von 70 auf 76 Prozent gestiegen ist. Der Exportverlust zeigt sich am stärksten auf dem amerikanischen Markt, doch nehmen Süd- und Mittelamerika noch immer 10 Prozent des Exportes auf. Innerhalb Europas hat sich eine Verlagerung des Absatzes nach Osten und Südosten vollzogen, während die Ausfuhr nach Italien und Frankreich stark zurückgegangen ist. Die wichtigsten Abnehmer in Europa sind heute die Schweiz (13,4 Prozent des Exportes), Großbritannien und Irland (12,8 Prozent) und Rußland (8,8 Prozent). Die Verdrängung in der Richtung der Elektroporzellanausfuhr läuft parallel der Entwicklung der Ausfuhr der elektrotechnischen Industrie. Da beim Bau elektrischer Anlagen im Ausland durch deutsche Firmen regelmäßig deutsches Isoliermaterial verwendet wird, hängt auch die künftige Entwicklung der Elektroporzellanausfuhr sehr stark von den Erfolgen der elektrotechnischen Industrie auf dem Weltmarkt ab.

Tariffabschluß

Nach längeren Verhandlungen mit der Firma Schmidt & Hedner und der Köhler Kunstfigurenfabrik Lüdnberg ist es gelungen, durch Vermittlung des Kölner Schlichtungsausschusses, zu einer Vereinbarung zu kommen. Die Firma hatte den Lohnvertrag gekündigt und wollte die Stundenlöhne um 10 Proz. herabsenken mit der Begründung, daß nicht alle Facharbeiter den Höchstlohn verdienen und auch die gegenwärtige Wirtschaftslage es gestatten erscheinen läßt, die Gehaltskosten herabzusetzen. Die Frage der qualifizierten Facharbeiter spielte bei den Verhandlungen eine große Rolle. Die Firma wollte Akkord einführen, und das lehnte die Arbeiterchaft ab, so daß nach stundenlangen Verhandlungen schließlich eine Vereinbarung zustande kam, wonach eine Spanne in den Stundenlöhnen eingeführt wurde, mit dem Ergebnis, daß der Spitzenlohn der Facharbeiter, der auch im alten Lohnabkommen 1,14 Reichsmark betrug, auch im neuen Verträge bestehen bleibt. Die Vereinbarung hat insofern Bedeutung, daß für die qualifizierten Facharbeiter, und das ist die Mehrzahl, ein Lohnabkommen nicht in Frage kommt. Bei den Ungelernten ist der tarifliche Stundenlohn um 3-5 Proz. gesenkt worden. Das Abkommen hat folgenden Wortlaut:

1. Mit Wirkung vom 1. Januar 1931 werden die Facharbeiterlöhne auf 0,94 Reichsmark bis 1,14 Reichsmark, je nach Leistung, gesetzt.

Die Löhne der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen regeln sich wie folgt:

Jahre	Arbeiter:	Arbeiterinnen:
14-16 Jahren	30-34 Pf.	27-30 Pf.
16-17 Jahren	37-42 Pf.	33-37 Pf.
17-18 Jahren	46-50 Pf.	41-45 Pf.
18-19 Jahren	53-60 Pf.	48-51 Pf.
19-20 Jahren	61-73 Pf.	54-60 Pf.
über 20 Jahren	78-86 Pf.	60-70 Pf.

Etwaige Streitigkeiten, die sich aus der Neusetzung der Löhne ergeben, werden zwischen Betriebsleitung, Betriebsvertretung und den Vertretern der Tariforganisationen geregelt.

2. Das Abkommen vom 2. August 1930 bei der Firma Schmidt & Hedner gilt als Bestandteil des Tarifvertrages einschließlich der bekannten Zulage.
3. Dieses Lohnabkommen läuft bis 31. Dezember 1931 und ist mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. Dezember 1931 kündbar.

Dieser Abschluß, der in Anbetracht der ganzen Verhältnisse unter dem Durchsicht aller bisherigen Schiedssprüche liegt, ist ein Produkt der guten Organisation, die in beiden Betrieben vorhanden ist. Wenn die Arbeiterchaft auch in Zukunft daran festhält, wird es gelingen, diese Scharte bald wieder auszuweichen.

Frankreich

Die „Journé Industrielle“ veröffentlichte einen Bericht über die gegenwärtige Lage der französischen Porzellanindustrie. Der ausführliche Angaben über deren Produktionsverhältnisse enthält. In dem Aufsatz wird ausgeführt, daß die französische Porzellanindustrie gegenwärtig eine Krise durchmacht, zu deren Behebung die sofortige Ergriffung von Maßnahmen erforderlich wird. Für die Ursachen der Krise wird neben der allgemeinen Verbrauchsverminderung vor allem der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten verantwortlich gemacht. Vor dem Kriege waren 1/3 der Produktion von Limoges, dem Zentrum der französischen Porzellanindustrie, für die Ausfuhr bestimmt. Hauptabnehmer waren die Vereinigten Staaten, die allein etwa 1/3 der Ausfuhr ausnahmen. Bei einem Einmarsch von 70 Proz. oder volorem mit einem Zollzuschlag von 10 Cent pro Daseis eines Artikels wird heute der Export nach U. S. A. nahezu unterbunden. In Kanada genießt die englische Porzellanindustrie besondere Zollvergünstigungen, während die französische mit einem Einfuhrzoll von 20 Proz. belastet ist. Die französischen Porzellanfabriken müssen sich daher vorzugsweise an den einheimischen Markt wenden, wo sie jedoch auf eine starke Konkurrenz der deutschen, tschechoslowakischen und neuerdings auch der japanischen Industrie stoßen.



Unwirtschaftlichkeit und Leerlauf in Ziegeleien.

Die Fachpresse der Unternehmer hat in der letzten Zeit viel von Rationalisierung, Wirtschaftlichkeit usw. geschrieben. Prominente Fachleute haben Untersuchungen über Leerlauf und Unwirtschaftlichkeit in den Ziegeleien angestellt und Vorschläge zur Besserung gemacht. Dabei ist vielfach über die einzelnen Fach- und sonstigen Arbeiter allerhand behauptet worden. In Verhandlungen über Lohnfragen und bei sonstigen Gelegenheiten wird oft behauptet, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft in den Ziegeleien nur Unweisheitsgelber erhalte, wofür er in Wirklichkeit keine produktive Arbeit leiste. In verschiedenen Bezirken stehen die Ziegeleibesitzer auf dem Standpunkt, daß z. B. der Brennerposten nur ein Ruheposten sei den sie älteren, abgearbeiteten Ziegler aus Gnade und Barmherzigkeit überlassen. Das ist nicht so, wird jeder Facharbeiter, der etwas von den Dingen versteht, wissen. Vorschläge in Zeitschriften und auf Tagungen werden nun viele gemacht, wie man die Arbeit in den Ziegeleien produktiver und rentabler gestalten könnte.

Verschiedene Ziegeleibesitzer behaupten, daß nur böser Wille der Arbeiterschaft es verhindere, daß nicht die erwartete Rentabilität erreicht wird.

Wie es in Wirklichkeit in manchen Ziegeleien aussieht, zeigt eine Zuschrift eines Zieglerkollegen, der die „Wirtschaftlichkeit eines Betriebes“ aus eigener Anschauung kennt und noch täglich erfährt.

Der Kollege schreibt:

„Den Ziegelearbeitern wird immer und immer wieder von der Betriebsleitung gesagt, daß der Betrieb infolge schlechter Produktion und zuviel Leerlauf unrentabel arbeite. Die Schuld an der Unrentabilität wird der Arbeiterschaft fast immer in die Schuhe geschoben. Dabei forscht man meistens den Ursachen gar nicht erst nach, sondern schimpft eben auf die Arbeiterschaft auch dann, wenn das Gegenteil nachgewiesen wird, getreu nach dem Motto aus „Nathan der Weise“: Tut nichts, der Jude wird verbrannt.“

Die Ursachen von Leerlauf und schlechter Produktion liegen meist aber an ganz anderen Umständen. Vielfach sind die Anlagen nicht zweckentsprechend eingerichtet, das Material nicht nach wissenschaftlichen Grundsätzen zusammengesetzt und die Verarbeitung nicht entsprechend. Man glaubt vielfach, man kann aus all und jedem Dreck Gols müngen. Schlechtes Material und schlechte Verarbeitung in manchen (und es sind nicht wenige) Ziegeleien tragen sehr oft dazu

bei, daß ein Drittel und mehr der Produktion beim Brennen in Scherben geht und der übrige Teil auch nur bedingt zu gebrauchen ist. Die Schuld aber wird nicht dem dafür Verantwortlichen, dem Betriebsleiter und Beamten der die entsprechenden Anweisungen gab, sondern dem Brenner hauptsächlich und der übrigen Arbeiterschaft aufgeschafft. Es heißt dann immer, die Arbeiterschaft treibe Sabotage. Vielfach stehen nicht einmal die nötigen Arbeitsgeräte zur Verfügung und werden auch trotz wiederholter Anforderung nicht beschafft. Die Beschaffung könnte evtl. einige Pfennige Geld kosten. Die Folge davon ist natürlich Leerlauf, weil die Arbeiter oft wegen geringfügiger Sachen, die aber zum Produktionsprozeß nötig sind, stundenlang warten und suchen müssen.

Mancher Ziegeleibesitzer braucht nicht über Unrentabilität seines Betriebes zu klagen, wenn er sich in kleinen Dingen ebenfalls modernisieren würde. Man schafft sich vielfach eher Luxusautos und sonstige Dinge an, glaubt aber, für die einfachsten, notwendigsten Produktionsgegenstände kein Geld übrig zu haben.

Gegen die ungerechte Beschuldigung, daß die Arbeiter Schuld an Leerlauf und Unwirtschaftlichkeit der Ziegeleien tragen, müssen sich alle Zieglerkollegen wehren und rücksichtslos in der Öffentlichkeit die Schuldigen in den Betrieben hinweisen und die Schuldigen an solchen rückständigen Verhältnissen gebrandmarkt werden, wenn anderswie keine Abhilfe erfolgt.

Diese Zuschrift kommt gerade aus einem Bezirk, wo die Unternehmer am lautesten über die hohen Löhne der Arbeiterschaft loszureden, durch die die Unrentabilität der Ziegeleien bedingt sein soll. Woher die Unrentabilität vielfach kommt, kann man aus obiger Zuschrift sehen. Die Ziegeleibesitzer mögen einmal bei sich selbst Einkehr halten und nachprüfen, ehe sie immer der Arbeiterschaft die Schuld geben, wenn ihre hochgepöhlten Erwartungen in Bezug auf Rentabilität nicht immer in Erfüllung gehen.

Der Ziegelearbeiterschaft aber möchten wir ebenfalls sagen, daß sie einen großen Teil Schuld an solchen Verhältnissen selbst trägt. Wenn jeder, auch der letzte Ziegler Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, wird, so würden auch die Unternehmer nicht mehr so laut über zu hohe Löhne schreien und die Schuld an der schlechten Lage der Betriebe nicht mehr der Arbeiterschaft aufzubürden versuchen.

modernen Ausstattung des Werkes entsprechende Rentabilität bringen werden, wagen wir zu bezweifeln. Es sei denn, daß die Stahlhelmlente nur aus Elementen bestehen, die mit allem zufrieden sind, was ihnen ihre sogenannten Vorgesetzten befehlen. Denn meistens bekommen ja die, die sich den Arbeitern, die dumm genug sind, fast immer selbst zum Vorgeföhren oktroyieren, bevorzugte Kosten in den Betrieben. Die Betriebsleitungen wissen ja sehr genau aus welchen Gründen sie solchen Elementen, die sich als Agitatoren von Stahlhelmlern, selbst usw. zu erkennen geben, bevorzugte Kosten geben. Das trägt Zinsen. Ob sie sich aber nicht schließlich verrechnen werden?

Wir haben die feste Hoffnung, daß auch diejenigen Arbeiter, welche heute noch dem Stahlhelm, gelben Werkvereinen, Nationalsozialisten und ähnlichen reaktionären Gebilden nachlaufen, eines schönen Tages einsehen werden, daß ihnen trotz Mitgliedschaft bei solchen Gebilden nur das Fell über die Ohren gezogen wurde. Wahrscheinlich wird auch die Arbeiterschaft des Neuwieder Wiking-Zementwerkes bei den Lohnverhandlungen, die mit den Arbeitgebern des dortigen Bezirks in nächster Zeit stattfinden werden, erfahren, was das Wohlwollen der Unternehmer wert sein wird.

Preiskonvention in der Kalkindustrie.

Der Westdeutsche Zementverband, mit dessen Auseinanderfallen sehr stark gerechnet wurde, ist ja nun wieder zusammengeleimt worden. Ob für die Verbraucher irgendwelcher Nutzen dabei herausbringen wird, bleibt abzuwarten. Jedemfalls könnten nach unserer Meinung, die sonst für Bekämpfung von Außenfeindern aufgewendeten Beträge, die nach guten Kennern der Frage durchaus nicht so gering gewesen sein sollen, für Verbilligung des Zements verwendet werden. Sicher würde damit Absatz und Produktion gehoben werden können.

In der westdeutschen Kalkindustrie sind ebenfalls Bestrebungen im Gange, um einen festeren Zusammenschluß herbeizuführen. Der Zusammenschluß soll 14 Firmen mit einem jährlichen Verkauf von 85 000 Wagen umfassen. Erfährt sollen Sackkalk und Zementkalk werden. Die Verhandlungen sind nach den Meldungen in der Presse noch nicht so weit gediehen, daß man über die Form des Zusammenschlusses etwas sagen könnte. Die Meinungen darüber sollen sehr weit auseinandergehen, doch soll für eine auf quotenmäßiger Grundlage stehende Preiskonvention mit gemeinsamem Verkauf Stimmung vorhanden sein. Der Zusammenschluß soll jetzt nach dem endgültigen Inkrafttreten des Westdeutschen Zementverbandes vor sich gehen.

Ob nicht dann, nach dem Zustandekommen der Preiskonvention, der Versuch unternommen werden wird, einen Ausweg auf die Taschen der Kalkverbraucher zu unternehmen, bleibt abzuwarten. Bisher ist das fast in allen Fällen, wo wegen Preisbindungen Zusammenschlüsse erfolglos, so gewesen. Die Zusammenschlüsse erfolgen ja, um für die dabei in Frage kommenden Produkte „angemessene Preise“ zu erzielen. Was als angemessen bezeichnet werden kann, darüber gibt es ja ganz verschiedene Auffassungen.

Die Arbeiterschaft der Kalkindustrie kann sich aber ein Beispiel an den Kalkindustriellen nehmen, die bestrebt sind, ihre Ware so teuer wie möglich zu verkaufen und zu diesem Zweck immer festere Bindungen untereinander eingehen. Da gibt es keine verschiedenen Weltanschauungen. Maßgebend bei den Arbeitgebern ist einzig und allein nur, wie man den Profit verbessern kann. Die Arbeiterschaft müßte sich ebenfalls, ohne Rücksicht auf Weltanschauungsfragen, fest zusammenschließen, einzig nur zu dem Zweck, ihr einziges Gut, die Ware Arbeitskraft, so teuer als möglich zu verkaufen. Würde sie das bisher in dem Maße getan haben wie die Unternehmer, so hätten die Abbaumpläne der letzteren nicht schon Erfolge zeitigen können. Weil die Unternehmer wissen, daß die Arbeiterschaft nicht einig und geschlossen auftritt, sondern in mehrere Richtungen, die sich gegenseitig bekämpfen, zerfällt ist, steigt auch ihr Hebermut. Sie möchten lieber heute wie morgen alle Ertragschancen der Arbeiterschaft radikal beseitigen und die Löhne auf einen Stand herunterdrücken, der weit unter den Hungerlöhnen der Vorkriegszeit liegt.

Noch ist es Zeit zur Besinnung. Alle Kalkarbeiter müssen Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, werden. Nur wenn kein Kalkarbeiter mehr talentlos beiseite steht, wird es gelingen, die Lebenshaltung zu heben und keine, noch so starke Bindung auf Seiten der Arbeitgeber wird mehr instand sein, auch nur ein Notz von dem zurückzuerhalten, was sich die Arbeiterschaft zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz in jahrelangen Kämpfen errungen haben.

Kommerzienrat Delgroy verurteilt.

Dem schwerreichen Kommerzienrat Delgroy, Direktor der Münchener Ziegelverkaufvereinigung, reichten der Ertrag seines Vermögens nebst seinen 70 000 RM Jahresgehalt und erheblichen Aufwandserschuldigungen, die er als Direktor der Münchener Ziegelverkaufvereinigung erhielt, nicht aus, um seinen standesgemäßen kommerziell-rationalen Haushalt bestreiten zu können. Er griff deshalb ein bißchen in die Tasche seiner Gesellschaft und nahm dort den Betrag von 170 000 RM heraus. Das gefiel den Gesellschaftern nicht, obwohl sie ihren Delgroy ob seiner großen Verdienste um die Ziegelverkaufvereinigung göttlich verehrten. Der Kasseneingriff blieb nicht unentdeckt und die Gesellschaft war unangenehm genug, und gab ihm die rüchlose Entlassung. Damit sollte aber alles abgetan sein, eine gerichtliche Anzeige sollte nicht erfolgen, denn sie, die Angeklagten, schämten sich wohl ein wenig, daß sie von ihrem Vorgesetzten um das immerhin nicht kleine Summen gebracht wurden. Aber, beim Zeufel, in Bayern gibt es einen Staatsanwalt, der für solche Dinge ein Interesse zeigt, er ließ Delgroy an der Grenze, die er gerade überschreiten wollte, festnehmen und machte ihm wegen der Klauerer den Prosch. In der vor einigen Wochen stattgefundenen Verhandlung wurde ihm 3 Monate Gefängnis und 10 000 RM Geldstrafe für seine Tat auferlegt.

Weiter haben die Münchener Zeitungen das Ergebnis der Verhandlung totgeschwiegen, obwohl besonders die Ziegelarbeiter sehr neugierig über den Ausgang der Verhandlungen gewesen waren, sind doch nach dem Kasseneingriff die Beiträge der Mitglieder der Münchener Ziegelverkaufvereinigung von 3 RM auf 8 RM pro Tausend Mauersteine erhöht worden, was bei den später erfolgten Lohnregelungen nicht ohne nachteiligen Einfluß für die Lohngestaltung geblieben ist.

Welt-Zement-Erzeugung in amerikanischer Beleuchtung

Nach einem Sonderbericht einer amerikanischen Institution wird die gegenwärtige Leistungsfähigkeit der Welt-Zementindustrie auf ungefähr 600 Millionen Barrels (1 Barrel Portlandzement = 172,4 Kilogramm) jährlich veranschlagt. Davon entfallen 40 bis 50 Proz. auf Amerika. Die deutsche Zementindustrie ist nach dem amerikanischen Sonderbericht die nächst wichtigste in der Weltzementzucht. Ihr folgen der Reihe nach Frankreich, England, Belgien und Japan als wichtigste Erzeugungsländer von Zement. Die Vereinigten Staaten erzeugen allein eine Produktion, die die Erzeugung der oben erwähnten Länder um ungefähr 10 Proz. übersteigt. Gegenüber der deutschen Zementzucht, die nach der amerikanischen an zweiter Stelle der Weltzementzucht steht, produziert die amerikanische Zementindustrie mehr als das Vierfache.

Die gegenwärtige Weltzementzucht beträgt nach der amerikanischen Schätzung ungefähr 400 Millionen Barrels.

Pro Kopf der Bevölkerung ist die Erzeugung am größten in Belgien, und zwar 2 Barrels pro Einwohner, es folgen die Vereinigten Staaten mit 1,5, Dänemark 0,9 und Norwegen 0,8 Barrels. Von den übrigen zementzuchtenden Ländern werden keine näheren Angaben gemacht.

Der größte Verbrauch je Kopf der Bevölkerung ist in Amerika zu verzeichnen. Während Belgien an zweiter Stelle steht, unter den Ausfuhrländern nimmt Belgien die erste Stelle ein, wenn die Ausfuhrmenge je Kopf zugrunde gelegt wird. Amerika als größtes Erzeugungsländ führt nur einen ganz geringen Teil aus. Den größten Teil seiner Zementproduktion verbraucht es selbst im eigenen Lande.

Der Weltausfuhrmarkt soll im ganzen gegenwärtig ungefähr 40 Millionen Barrels aufnehmen. Der Hauptteil des internationalen Zementhandels vollzieht sich mit den lateinamerikanischen Staaten. Trotz des niedrigen Ausfuhrpreises, der vielfach nicht mehr als 0,70 Dollar je Barrel beträgt — und trotz der günstigen Schiffsfrachten — wird der Zement durch die einheimischen Transportkosten in Lateinamerika so verteuert, daß der Preis zu hoch wird und der Zement sehr häufig als Baustoff nicht mehr in Betracht kommt. Aus diesem Grunde wird die eigene Produktion fast überall da aufgenommen, wo es an geeigneten Erzfazstoffen fehlt und geeignete Rohmaterialien vorhanden sind. Nur dadurch, daß sich die Sehung des Fortschrittes und Wohlstandes der Küstenländer

rascher vollzogen hat, wie der Ausbau der lokalen Zementindustrie, sei die Einfuhr noch nicht ernstlich in Mitleidenenschaft gezogen worden.

Gegenwärtig ist eine rückläufige Bewegung in der Aufnahmefähigkeit der Einfuhrländer eingetreten und wird noch weiter anhalten. Bei der gegenwärtigen Ueberproduktion und der Tatsache, daß überall in der Welt am weitesten Ausbau der heimischen Zementindustrie gearbeitet wird, erscheinen die Aussichten für eine Verbesserung der Absatzmöglichkeiten wenig günstig.

Der amerikanische Bericht sagt, daß die Zukunft für eine Besserung auf dem Gebiete der Entwicklung von Sonderformen, der Qualitätsverbesserungen und der Anwendung rationaler Erzeugungsmethoden zwecks Senkung der Preise liegt.

Was Rationalisierung anbetrifft, so ist in der deutschen Zementindustrie in den letzten Jahren allerdings geleistet worden, ohne daß, mit Ausnahme des letzten Jahres, eine wesentliche Senkung der Preise eingetreten ist. Würde die Krise, sowie die Konkurrenz der Außenfeinde, die Unternehmer nicht gezwungen haben, auch in der Preisfrage Konzessionen zu machen, so sähen sie wohl auch heute noch auf den hohen Zementpreisen fest. Gegenwärtig sind die deutschen Unternehmer drauf und dran, sich für den Minderabsatz an der Arbeiterschaft schadlos zu halten durch Kürzung der Löhne und Verschlechterung der sonstigen Arbeitsbedingungen.

In den Unternehmer-Fachzeitschriften sind bereits Stimmen laut geworden, die betont haben, daß die Rationalisierung in einem allzu raschen Tempo vor sich gegangen ist, ohne Rücksicht auf den Absatz. Wir sehen noch hinzu, und ohne Rücksicht auf den Menschen.

Noch ganz moderne Werke sind in den letzten Jahren rücksichtslos stillgelegt worden, die Arbeiterschaft auf die Straße geworfen.

Wenn jetzt einer weiteren Rationalisierung das Wort geredet wird, so mag der deutsche Zementarbeiter Vorsorge treffen, damit er nicht schließlich ganz allein die Kosten der Rationalisierung zu tragen hat.

Um dieses zu verhindern, ist Stärkung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, die erste und dringendste Pflicht für jeden deutschen Zementarbeiter.

Wiking-Zementwerke Neuwied als Schlichter des Stahlhelms.

In der Zeitschrift „Kunstliche Baustoffe Nr. 8/9 vom August/September 1930“ wurde das neue Zementwerk des Wiking-Konzerns ausführlich beschrieben und an Hand von Zeichnungen die Großartigkeit und Modernität illustriert. Alle modernen technischen Erfahrungen sind bei der Errichtung des Werkes benutzt worden. Nach Mitteilungen in der Fachpresse soll es das größte und modernste Zementwerk Europas, ja, wahrscheinlich behauptete man, der ganzen Welt sein.

Man möchte nun glauben, daß die Leiter solcher modernen Werke auch im übrigen recht modern denkende Menschen sein müßten, und zwar in jeder Beziehung. Aber das ist, wie ja fast in der gesamten Industrie, auch beim neuesten, modernsten Zementwerk des Wiking-Konzerns anscheinend nicht der Fall. In sozialer, organisatorischer Beziehung scheint man wenigstens, soweit es die Arbeiterschaft anbetrifft, dem finsternen Mittelalter zu huldigen. Man glaubt anscheinend, das Mittelalter mit Spörberz des modernen Landstreichers des Stahlhelms und sonstiger nationalsozialistischer, garwinnstlicher Elemente wieder zurückzuführen zu können. Die Werkleitung etwa glaubt, die Rentabilität mit Stahlhelmenten heben zu können? Wir wissen es nicht. Die Arbeitshelmen von Neuwied und Umgegend sind trotz Bemühungen verschiedener Seiten bei Aufnahme der Produktion nicht eingestellt worden. Nur diejenigen, welche mit einer schriftlichen Empfehlung des Stahlhelms gekommen sind, haben sofort Arbeit bekommen. Andere, selbst solche, die schon längere Zeit arbeitslos waren, sind abgewiesen worden. Im November vorigen Jahres soll die gesetzliche Betriebsvertretung ganz ein-

fach bestimmt worden sein und aus Stahlhelmlern und ihnen gesinnungsverwandten Leuten bestehen.

Freigewerkschaftliche Organisation für die Arbeiterschaft scheint dort streng verpönt zu sein.

Die wohlwollenden Förderer der Stahlhelmer und verwandten Gesinnungsgenossen sollen die beiden Direktoren Mierhaus und Köppen sein. Nach der Einstellung des Direktors Mierhaus wird vermutet, daß er selbst Mitglied des Stahlhelms ist. Stahlhelmlern und Stahlhelmlern sind nach einer Mitteilung, die uns zugeht, alle beide.

Daß dort so nach Willkür bei Einstellung von Arbeitern verfahren wird, soll nicht zum geringsten Schuld der Stadtverwaltung Neuwied mit sein. Die Ueberlassung des Baugeländes ist anscheinend bedingungslos erfolgt. Man hätte sich ausbedingen müssen, daß in erster Linie Neuwieder Arbeiter eingestellt würden. Durch diese Verhältnisse hatte die Leitung des Werkes freie Hand bekommen in der Einstellung von Arbeitskräften.

Ob auch der Generaldirektor des Wiking-Konzerns, Herr von Sumpell, der als ein sozial denkender Mann sehr oft von verschiedenen Seiten verherrlicht wird, mit der oben bezeichneten Haltung der Neuwieder Betriebsleitung, bzw. der beiden Direktoren Mierhaus und Köppen einverstanden ist, wissen wir nicht.

Ob Stahlhelmer und sonstige gesinnungsverwandte Elemente, die von der Leitung des Konzerns erwartet und bei

Gau 8 und Zahlstellen

Gau 8, Zahlstellenleiterkonferenz.

Am 15. Februar 1931 tagte im Gewerkschaftshaus in Jena die Zahlstellenleiterkonferenz des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 8, Sitz Erfurt.

Anwesend waren 51 Delegierte aus 39 Zahlstellen, darunter die 4 Kolleginnen des Bundes, vom Hauptvorstand in Hannover Kollege Nöbker, die fünf Gauleiter und Kollege Pfeiffer vom Gauvorstand Erfurt.

Kollege Schneider-Erfurt eröffnete unter freundlichen Begrüßungsworten gegen 10 Uhr die Zahlstellenleiterkonferenz. Besonders begrüßte er den Hauptkassierer, Kollegen Nöbker-Hannover. Die Leitung der Konferenz wie den Gauleitern übertragen.

Tagesordnung:

1. Verbandsfinanzen und Wirtschaftskrisis, Referent Kollege Nöbker-Hannover.
2. Besondere Verbandsangelegenheiten.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung referierte Kollege Nöbker-Hannover. Nöbker führte aus, daß im Jahre 1929 das Verbandsvermögen wesentlich gesteigert werden konnte. Noch in keinem Jahre konnten so hohe Beträge dem Verbandsvermögen zugewandt werden als im Jahre 1929. Leider ist auch unser Verband stark von der Wirtschaftskrise in Mitleidenenschaft gezogen worden. Bereits im 4. Quartal 1929 verschärfte sich die Wirtschaftskrise und hielt fast durchweg das ganze Jahr 1930 an. Die Wirtschaftskrise verschärfte sich besonders dadurch, daß Reich, Länder, Gemeinden und Industrie Bauten so gut wie nicht ausführen ließen, was sich sehr schwer auf die Baustoffindustrie auswirkte. Wenn nicht genügend gebaut wird, ist es naheliegend, daß nahezu alle Industrien stark darunter zu leiden haben. Fast 50 Proz. unserer Mitglieder sind arbeitslos oder kurzarbeitslos. Im Jahre 1929 zahlten wir 8 194 000 RM an Arbeitslosenunterstützung. Für 1930 werden wir mit etwa 6 Millionen RM Arbeitslosenunterstützung zu rechnen haben. Kollege Nöbker verweist sich dann über den neuesten Zweig unserer Unterstützungseinrichtung, die Invalidenunterstützung, und stellt in Aussicht, daß der kommende Verbandstag sich erneut mit dieser Frage beschäftigen müsse. An den gegenwärtigen Renten sollen dabei Änderungen nicht vorgenommen werden. Erstreckt sei, daß in unseren Mitgliederlisten eine gewisse Stabilität zu verzeichnen sei. Bei früheren Krisen waren immer sehr beträchtliche Mitgliederrückgänge zu beobachten gewesen. Die Stabilität unserer Mitglieder zeigt, daß sie gewerkschaftlich durchdrungen sind und unsere Unterstützungseinrichtungen zu schätzen wissen. Verbesserungen haben das die Frauen der organisierten Männer erkannt. Der Gewerkschaftsgedanke wird sich weiter durchsetzen und vertiefen, trotz NSD, Stahlhelm und Nazis, die nur Klistruppen der Unternehmer sind. Außer den erheblichen Unterstützungen hat der Verband große Aufwendungen für Presse, Mitgliederbildung, Beiträge an ADGB, und Internationalen usw. zu machen, die unbedingt notwendig sind. Wir werden im Jahre 1931 noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben. Mit vereinten Kräften wird das möglich sein, deshalb muß unsere höchste Aufgabe sein, unsere Mitglieder gründlich aufzuklären. Wir sind gegenwärtig finanziell besser gestellt als im Jahre 1925, wo die Unternehmer glaubten, uns durch Absperrung müde zu machen. Es ist den Unternehmern damals nicht gelungen und wird ihnen auch künftig nicht gelingen. Was wir in den letzten Monaten an Lohnabbau ertragen mußten, werden wir bei günstigeren Gelegenheiten wieder wettzumachen versuchen. Unsere Verhandlungsführer haben gegenwärtig große schwierige Aufgaben zu lösen, was viel Überlegung und Nervenkraft erfordert. Mit vereinter Kraft werden wir auch diese überaus folgenschwere Krise überwinden. Der NSD, den Stahlhelmern, Selben und Nazis werden wir den Beweis liefern, daß wir die Stärkeren sind und den Sieg erringen werden trotzdem und alledem. Die Ausführungen des Kollegen Nöbker wurden recht beifällig aufgenommen.

Kollege Schneider-Erfurt machte im Anschluß an das Referat des Kollegen Nöbker noch einige Ausführungen über die Jahresstatistik des Gaus Thüringen. Die Beitragszahlung sei im vergangenen Jahre wesentlich besser geworden als in den letzten Jahren. Immerhin sei aber noch viel nachzuholen, um auf den Stand zu kommen, den der Gau 8 schon einmal (vor 1926) zu verzeichnen hatte.

Im Anschluß daran folgte eine recht ausgiebige, von tiefem Ernst und hoher Verantwortung zeugende Diskussion. Nicht viele Wünsche und Vorschläge kamen zum Vortrag, immer jedoch von dem Geist getragen, für den Verband das Beste zu wollen. Soweit die Diskussionen sich mit den Streitfragen der NSD, des Stahlhelms und der Nazis befaßten, gaben die Konferenzteilnehmer ihren tiefen Abscheu über diese Unternehmerrückstellungen kund. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen: Meinhardt, Hofha, Apel, Salungen, Kobsch, Almenau, Brandel, Sonneberg, Martini, Gera, Fiedler, Rudolph, Klein, Kahla, Gieschel, Triebitz, Baumbach, Stadtilm, Schauer, Almenau, Gering, Götze, Grünig, Almenau und Schneider-Erfurt.

In seinem Schlußwort betonte Kollege Nöbker, daß die Diskussion außerst sachlich und sich auf hoher geistiger Barie bewegt habe. Wenn alle Ausprägungen in Zukunft so geführt würden, dann würde manches in der Zukunft besser werden. Die Verbandschule habe gute Früchte getragen, und wird sich weiter zu bewähren. Das vorgelegte Zahlenmaterial wird den Zahlstellen zur gegebenen Zeit ausgestellt werden. Die Dividendenhöhe, Warenausfuhr usw. sprechen dafür, daß die deutsche Wirtschaft sich wieder erholen wird. In den Siegerstaaten sehe man sich viel schlimmer aus als in Deutschland. Wäre nur der Kampf gegen die Unternehmer zu führen, so würden wir das leichter ertragen können, schlimmer aber sind die Zerkerungsbestrebungen der NSD, und die ihrer verwandten Zerkerungsorganisationen. Die Funktionäre der freien Gewerkschaften stehen turmhoch über den Funktionären der Zerkerungsorganisationen, wenn auch nicht im Herunterreißen und Schimpfen, aber an Wissen und Können. Die freien Gewerkschaften sind durch ihre Sachlichkeit, durch ihr Wissen und Können stark geworden. Die Splitterorganisationen werden an ihrer Unfähigkeit zugrunde gehen. Wegen alle diejenigen aber, die glauben, in unserer Organisation zerstörend wirken zu können, sei gesagt, daß wir noch deutlicher reden und handeln werden. Wer sich bei uns in Zerkerungsarbeiten betätigt, hat verwirrt, Mitglied bei uns zu sein.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung besprach Kollege Schneider-Erfurt die besonderen Verbandsangelegenheiten. Der Wert der Statistik würde von manchem Kollegen und Funktionär noch nicht so eingeschätzt, wie es sein müßte. Auch hier müßte Wandel zum Besseren eintreten. Die Revisionsberichte müßten ebenfalls in Zukunft besser eingehen als bisher. Gegen die Zerkerungsbestrebungen in unserer Organisation wird ganz energig Kritik gemacht. Wir werden manche Zahlstelle stark auf ihre Richtigkeit hin prüfen. An der Hand von einigen Beispielen weist Nöbker auf die Kurzfristigkeit der Unternehmern bei ihren Lohnabbaubestrebungen hin.

Da das Wort an den Ausführungen des Kollegen Schneider-Erfurt nicht gewünscht wird, faßt er das Ergebnis der Konferenz zusammen. Es habe sich gezeigt, daß die Konferenz sehr notwendig und wertvoll gewesen sei. Gehen wir deshalb mit dem Bewußtsein hinaus, das Gehörte in die Tat umzusetzen. Seien wir von dem Bestreben geleitet, unsere ganze Kraft für die Befreiung der Arbeiterklasse einzusetzen, dann wird und muß der Sieg unser sein.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, in welches die Konferenzteilnehmer begeistert einstimmten, schloß Kollege Schneider 15 1/2 Uhr die außerst gut verlaufene Konferenz.

Arthur Erdmann.

Weißwasser, Jahresgeneralversammlung.

Unter Leitung des Kollegen Lange tagte am 22. Februar im Volkshaus in Weißwasser die Jahres-Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes. Nach begrüßenden Worten an die Delegierten erfolgte die Genehmigung der Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht für 1930, Neuwahl der Ortsverwaltung, Vortrag des Kollegen Kenninger, Charlottenburg, über „Wirtschaftskrise und Arbeiterklasse“ und sonstige Organisationsfragen.

Zu Punkt 1 bezwies Kollege Lange auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, der die Ereignisse auf tariflichem Gebiet und in statistischer Hinsicht enthält. Bei einer Durchsicht des Berichts zeigt sich, daß sich die Lage des Arbeitsmarktes dauernd verschlechtert hat. Es liegt in der Struktur der Zahlstelle, die zu fünf Sechsteln ihre Mitglieder in der Glasindustrie hat, daß sie wohl stetig fortwährend, aber mit der ganzen Schwere der Krise erst im 2. Halbjahr getroffen wurde. Erfahrungsgemäß treten die Störungen in der Glasindustrie immer später auf wie in den anderen Branchen, um dann aber auch später und langsamer abzuheben. Allgemein waren am Jahresabschluss 25 Proz. der Mitglieder arbeitslos, deren Zahl aber an manchen Orten 50 Proz. übersteigt. Wenn der Einfluß der Gewerkschaften in solcher Zeit naturgemäß beschränkt ist, so ist er doch noch stark genug, Experimente der Unternehmer abzuwehren, die nur die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtern sollen. Was mit der Arbeiterklasse beim Fehlen der Gewerkschaften geschehen würde, zeigt so recht ein Vorgang in Weiden, wo ein Oberbürgermeister Osterstritten zum Willigen Arbeiter sammelt und diese den Unternehmern preisgibt, was das wird dann als Wille der Arbeiter bezeichnet, was unter schwerem wirtschaftlichen Druck aus ihnen erwirkt wurde.

Die Tarifveränderungen waren unter dem Einfluß der immer härter werdenden Lohnabbauversuche außerst schwierig. Um Schlimmeres zu verhindern, wurde oft letzter mit den Stimmen der Arbeiterbelegter ein Spruch gefällt werden. In einem wichtigen Lohnabbau brachte Angehörige Heberwindung hat es unter in den Anstalten tätigen Kollegen gelöst, gegen ihre Heberwindung aber weil nichts anderes gangbar war, der Macht der Gegegnen sich bendig, ihre Stimme zu einem solchen Spruch zu geben. Aber das ist es ja, was als Gewerkschaften von jeder auszeichnet, daß wir nicht Phrasen dreihen und Phrasen nachjagen, sondern mit dem Verstand nach bestem Gewissen handeln. Seitens vieler Kollegen wird der Einfluß der Gewerkschaften, unter seinen Umständen in einem Lohnabbau zu kräftigen, sondern in jeder Falle, wenn er aus Angelegenheiten wird, mit Streit zu antworten. Erfolgt der Abs

dennoch, dann sind wir wenigstens in Ehren unterlegen. Die Betroffenen sollten sich aber überlegen, welche Wirkungen es auslösen muß, wegen eines noch dazu sehr zweifelhaften moralischen Erfolges bei jeder Gelegenheit in den Kampf zu treten. Die Wirkung würde nur die sein, daß unsere besten Kollegen auf der Strecke bleiben, unsere Kassen erschöpft würden und wir nach Abschluß solcher „Kämpfe“ nicht mehr den Wert und Nachfaktor darstellen würden, der uns später wieder die Erlöse sichert. Verantwortlichkeitsgefühl der Angestellten, gepaart mit Ueberzeugungstreue der Mitglieder, müssen uns jeweils den Weg weisen, der im Interesse der Kollegen gegangen werden muß.

Sowohl der ADGB, wie die einzelnen Gewerkschaften sind in enger Verbindung mit der SPD, dauernd bemüht, durch Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit die furchtbaren Wirkungen der Krise zu mildern. In der Zigarettenindustrie, den Werften und innerhalb unseres Verbandsgebietes in Werken der Zellindustrie ist man bereits zu kürzerer Arbeitszeit übergegangen. Die dort gemachten Erfahrungen sind nicht ungenügend und würden uns nicht unser Ideal aber wenigstens ein Ende bewahren. An der jetzigen Lage der Arbeiterklasse wird es die NSD nicht ändern. Sie wird in dem Augenblick, wo sie den notwendigen Einfluß erlangt hat, am Tarife gar nicht anders handeln können wie wir. Tut es es trotzdem, und treibt sie die Mitglieder politischer Zwecke wegen bei jeder anpassenden Gelegenheit in Wirtschaftskämpfe, so ist das geringe Beitrags schon jede Voraussetzung zum Erfolg. Es ist dann werden sich die Mitglieder bald mit Recht abwenden, weil sie dadurch am besten den machterlösenden Charakter der politischen Schutztruppe erkennen werden.

Trotzdem die Verhältnisse uns zwingen, in einzelnen Branchen einige Verschlechterungen hinzunehmen, haben uns die Mitglieder die Treue bewahrt. Ihre Zahl ist wohl zahlenmäßig von 851 am Jahresbeginn auf 847 am Jahresabschluss gefallen. Wenn wir jedoch berücksichtigen, daß im Jahre 1929 ein Arbeitermangel in der Glasindustrie bestand, zahlreiche junge Leute von auswärts, besonders Oberschichten geholt wurden und diese heute zum Teil wieder abgereist sind, so haben wir nicht nur etwaige Lücken ausgefüllt, sondern bei der ungenügenden Wirtschaftslage noch hinzugewonnen. Im Gegensatz zu einigen Unertreibern, von denen 6 wegen verbandsschädigendem Verhalten ausgeschlossen wurden, wissen die Mitglieder, daß sie in unserem Verband eine feste Stütze haben. Das beweisen nicht nur die gewährten Unterstützungen der verschiedensten Art, sondern auch die vielen Vertretungen bei Klagen vor dem Arbeitsgericht, bei Spruchverfahren und Spruchkammer, sowie Rat und

Hilfe bei allen anderen Fragen des täglichen Lebens. Wir sind der Nachfaktor, wenn wir geschlossen organisiert und damit eines Willens im Handeln sind.

Der Kassenbericht vom Kollegen Fiebig gegeben, ist trotz der schlechten Wirtschaftslage noch günstig zu nennen. Die Umsätze beweist sich dadurch, daß der Umsatz an Erwerblosenmarken allein im 4. Quartal so groß war wie im ganzen Jahr 1929. Die Hauptkasse schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 417 053,07 RM. Davon wurden 176 130,22 RM durch die verschiedenen Unterstützungen an die Mitglieder zurückgezahlt. Allein für Arbeitslose 100 711 RM. Der Berichterstatter beleuchtet an Hand vieler und der im Vergangenen ausgezahlten Unterstützungen die schmutzige Kritik gewissenloser Geber aus den Reihen der NSD, die behaupteten, daß wohl alles für die Bongen, aber nichts für die Mitglieder getan wird. Nichts beweist wohl besser als diese Zahlen, die durch gewährte Unterstützungen aus der Kasse noch wesentlich erhöht werden, wie unbegründet diese Verleumdungen sind, und daß sie nur deshalb erfolgen, um das Vertrauen der Mitglieder zum Verband zu erschüttern. Daß sie damit den Unternehmern die gewünschten Handlangerdienste leisten, ist so offensichtlich, daß sich jeder einsichtige Kollege mit Abscheu von dieser Gesellschaft wenden muß. Die Kasse schließt ab mit 348 908,15 RM. Der Kassenbestand, der am Jahresbeginn 197 335,39 RM betrug, erhöhte sich bis Jahreschluss um 41 273,87 RM auf 238 609,26 Reichsmark. Die Richtigkeit der Bücher und ihre Neberreinstimmung wurden von den Revisoren bestätigt und das Vermögen nachgewiesen.

An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Duder, Rothmann, Hoffmann, Gentsche und die Kollegin Donath. Gentsche hält das Zurückweichen der Gewerkschaften für einen schweren Fehler. Kollege Lange konnte ihm im Schlußwort beweisen, daß man ja die Probe auf diese Exemplar in seiner Ortsgruppe Döbern im Jahre 1923 gemacht habe, wo am Schluß eines verlorenen Kampfes der einzige Erfolg der war, daß vier Funktionäre der Mitglieder verloren wurden. Mit dem verbleibenden Rest läßt sich dann nicht gut gewerkschaftliche Arbeit leisten. Unsere Mitglieder fordern Beteiligung ihrer Wirtschaftsnut, nicht politische Zweckverwendung. Die Neuwahlen brachten die Wiederwahl der bisherigen Verwaltung.

Zu Punkt 4 hielt der Redakteur des „Keramischen Bund“, Kollege Kenninger, Charlottenburg, seinen Vortrag über „Krise und Arbeiterklasse“. Er hob neben den wirtschaftlichen Verfestungen der Länder besonders die gesamte Sozialpolitik hervor, wie sie zum Schaden der Arbeiterklasse allerwärts in Verbindung mit Subventionen betrieben wird. Er zeichnete mit großer Schärfe die Lage auf dem Aktien-, Effekten- und Devisenmarkt. In Verbindung mit dem Geld- und Anleihemarkt kam er auf die schweren Schädigungen, die dem deutschen Volk durch den Ausgang der Reichstagswahl entstanden sind, zu sprechen. Seine Ausführungen weisen darauf hin, daß sich das deutsche Volk glücklich schätzen kann, wenn es bei der vulgären, dilettantischen Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge der Nazis von ihrem Dritten Reich und damit von der Zahlung der Posten für dieses Experiment verschont bleibt.

In lebhafter Weise kritisierte auch hier der NSD-Kollege Gentsche, unter wiederholter Bezugnahme auf Marx, das unter anderem die Nationalisierung nur den Unternehmern zugute kommt. Leider entbehrt seine Kritik auch hier wiederholter der wissenschaftlichen Grundlage. Kollege Kenninger konnte ihm nachweisen, daß gerade Marx uns lehrt, daß Umfang und Güte der Lebenshaltung eines Volkes von der Art seiner Produktion abhängen. Dagegen spricht auch nicht, daß die Erfolge der Nationalisierung zunächst nur den Unternehmern zugute kommen. Aber abgesehen hiervon, muß sie aus weltwirtschaftlichen Gründen erfolgen und muß im Sinne der marxistischen Lehre, besonders, wenn starke Gewerkschaften vorhanden sind, auch zu einer Verbesserung der Lebenshaltung des gesamten Volkes führen. Ueber die von ihm vertretenen Gedankenansätze, die noch an manchen Stellen starke Ähnlichkeit mit den Waldschneidern haben, sind wir längst hinaus. Heute bedarf es anderer Maßnahmen. In erster Linie Anpassung des Verbrauchs und unserer Bedürfnisse, sowie der Arbeitszeit an den Produktionsapparat, wie sie von den Gewerkschaften dauernd gefordert werden.

Mit Worten des Dankes an die Funktionäre für die geleistete Mitarbeit und dem Wunsch für fernere gleiche Tätigkeit schloß Kollege Lange die Versammlung, nachdem vorher noch einige Anträge behandelt und erledigt worden waren.

J. A. Karweit.

Slas, Generalversammlung.

Am 8. Februar fand in Slas die Generalversammlung unserer Bezirksstelle Slas statt. Für ein wirtschaftlich-politisches Referat war Gauleiter Kollege Lehmann (Girsberg) gewonnen worden. Nöbker sprach über „Die gegenwärtige Staatsform“ und führte in trefflicher Weise den Unverstand die Notwendigkeit und den Nutzen der Republik vor Augen. Die Arbeiterklasse hat keinen Grund darüber zu schimpfen; Pflicht jedes einzelnen ist es, die Rechte, die uns durch die gegenwärtige Staatsform gegeben sind, voll und ganz auszunutzen und vorwärts zu entwickeln. Wir haben alle Veranlassung, den Nazis, die nur wildgewordene Speicher sind und als Schrittmacher des Kapitals die letzte Staatsform befechtigen wollen, eine einheitliche Front entgegenzustellen.

Den Geschäftsbericht erstattete Bezirksleiter Kollege Rieseke. Auf Grund der vielen Kundengruppen in unserer Zahlstelle, war der Bericht außerst umfangreich. Festgestellt ist, daß unendlich viel getan wurde; dies beweisen die vielen Klagen und Vertretungen, die innerhalb des Jahres bei den Arbeitsgerichten und sonstigen Schlichtungsstellen zum Wohle der Mitglieder durchgeführt wurden. Um weiter erfolgreiche Arbeit leisten zu können, ist die Heranziehung aller im Erwerbleben stehenden Frauen unbedingt erforderlich. Wir dürfen nicht eher ruhen, bis jede Arbeiterin als Kollegin in unseren Reihen steht.

Den Kassenbericht erstattete ebenfalls Kollege Rieseke. In den Bezirksvorstand wurden wiedergewählt, als 1. Vervollmächtigter Kollege Rapp (Schredendorf), als 2. Vervollmächtigter Kollegin Reichel (Gabelschwerdt), als Revisoren die Kollegen Kuchinke (Goldbach), Fackel (Gabelschwerdt), Rühle (Altbeidebad).

Kollege Rieseke referierte noch über Verwaltungsangelegenheiten und über Entlohnung der Vorkarbeiter. Am Schluß forderte Kollege Rapp die anwesenden Kolleginnen und Kollegen auf, im nächsten Jahre tatkräftig mitzuwirken, um den Verband stark und widerstandsfähig zu machen.

Gertr. Reiske.

Gronau-Alfeld, Generalversammlung

Am 22. Februar fand in Gronau die Generalversammlung der Zahlstelle statt. Besucht war die Versammlung von 30 Delegierten und 6 Mitgliedern der Ortsverwaltung. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Specht, eröffnete die Versammlung und begrüßte die erschienenen im Namen der Ortsverwaltung. Die seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen werden in der üblichen Weise geehrt. Der Geschäftsführer, Kollege Klemm, erstattete dann den Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal und anschließend den Jahresbericht. Beide Berichte lagen den Delegierten gedruckt vor. Besonders der Jahresbericht war sehr reichhaltig und zeigte die Arbeit, der sich der Geschäftsführer hier unterzogen hatte, anerkannt werden. Der Bericht lag gedruckt vor, deshalb konnte sich Kollege Klemm darauf beschränken, ihn zu erläutern. Die wirtschaftlichen Verhältnisse spiegeln sich auch im kleinen in unserem Zahlstellengebiet wieder. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Stilllegung von Betrieben waren auch im Zahlstellengebiet zu verzeichnen. Außerdem hat die Nationalisierung zur weiteren Freisetzung von Arbeitskräften das Ihrige getan. Trotz der wirtschaftlichen Depression war es aber der Organisationsleitung im letzten Jahre möglich, die Angelegenheit der Unternehmer abzuwehren, ja, es war in einigen Industrien sogar noch möglich, Verbesserungen und auch Lohnerhöhungen zu erreichen. Trotz Arbeitslosigkeit und der Betriebsengpässe war es möglich, die Mitgliederzahl annähernd aufrechtzuerhalten. Der Ausschluß von zwei Gewaltpolitikern Moskauer Richtung hat zur Gesundung der Organisation beigetragen. Die große Arbeitslosigkeit und die nicht guten Wirtschaftsverhältnisse brachten dann auch eine Reihe von Streiktruppen auf den verschiedensten Gebieten. Durch das Eingreifen der Organisation konnte aber manches erreicht werden. Der finanzielle Erfolg, der auf den verschiedensten Aufgabenfeldern durch Verhandlung oder Klagen erreicht wurde, bezieht sich auf 123 RM. Zur Bewältigung der vorhandenen Arbeit mußten 197 Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen und Vertretungen stattfinden. Der Mitgliederbestand hat sich um 14 verringert. Aus dem vorgelegten Kassenbericht war zu entnehmen, daß auch im finanziellen Hinsicht so manches für die Mitgliedschaft getan wurde. Die Kassenkasse ist finanziert in Einnahme und Ausgabe mit 72.224,53 RM. Die Ausgaben beliefen sich allein für Unterhaltungen auf 24.628,40 Reichsmark. Das sind 34,88 Proz. der Einnahmen aus ordentlichen Beiträgen. Davon wurden an Arbeitslose allein 14.043,20 RM ausgegeben. An Kranke wurden verausgabt 5461,40 RM, an Invalidenunterstützung 2734,85 RM. Ein Beweis, daß die gegenseitige Hilfe, die auf den Gedanken der Solidarität aufgebaut ist, sich zum Nutzen unserer Mitglieder auswirkt. Aus der Kassenkasse wurden noch weitere 3324 RM an Unterhaltungen verausgabt. Trotz der enormen Ausgaben hat sich der Kassenbestand von 10.345,83 um 2582,06 RM auf 12.927,89 RM erhöht. Beide Berichte erwiesen, daß die Organisation finanziell und zahlenmäßig sehr gut das Streifenjahr überstanden hat.

Die Wahl der Ortsverwaltung brachte folgendes Ergebnis. Es wurden gewählt die Kollegen Specht, Böschens, Zypin, Schulz, Jordan, Mehe, Gehen, Andenlein, Schmidt, Sturm, Müller, Krib. Der Geschäftsführer, Kollege Klemm, beauftragte sich dann mit den Betriebsratswahlen, erörterte die einzelnen Bestimmungen und ermahnte, darauf zu achten, daß diese unbedingt innegehalten werden. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß diejenigen Verbandsmitglieder, die auf anderen als von der Organisation aufgestellten Listen kandidieren, sich außerhalb des Organisationsstatus bewegen und den Ausschluß zu gewärtigen haben. Unter Verschiedenem wurde dann auf das Statistenden des Verbandstages hingewiesen, einige Anfragen wurden gestellt und Erörterungen machte, die vom Geschäftsführer beantwortet wurden. Die nächste Zahlstellenversammlung soll auf Beschluß der Versammlung in Alfeld stattfinden. **Ger. Klemm.**

Salzungen, Generalversammlung

Die Bezirkszahlstelle Bad Salzungen hielt am 22. Februar in Bacha ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht, der von dem Geschäftsführer Apel, Bad Salzungen, gegeben wurde, ging hervor, daß die Zahlstelle Salzungen des Fabrikarbeiterverbandes trotz der schweren Wirtschaftskrise auch im Jahre 1930 einen beachtlichen organisatorischen Aufstieg erzielen konnte. War es doch der Zahlstelle möglich, nicht nur ihren Mitgliederbestand zu halten, sondern auch die Einnahmen noch um rund 5000 RM im letzten Geschäftsjahr zu steigern. In einer großen Anzahl von Fällen hatte der Verband die Interessen seiner Mitglieder vor den Arbeitsgerichten zu vertreten. Außerdem fand eine rege Ineressenvertretung der Mitglieder vor den Knappschafts-Überversicherungsämtern gegen die Berufsgenossenschaften und gegen die Knappschaft in Kassel statt. Die weitaus meisten Vertretungen führten zu einem Erfolg für die Mitglieder der Organisation. An Unterhaltungen wurden im letzten Geschäftsjahr an die Mitglieder gewährt: An Arbeitslose 20.162,10, an Kranke 3369,25, Invalidenunterstützung 723,40 RM, daneben noch Unterhaltungen an Reisende, sowie Notlagenunterstützung, Unzugsgeld und Sterbegeld. Die bisherige Ortsverwaltung wurde bis auf zwei Verbandskollegen, die neu hinzukamen, wiedergewählt. Die Wahl erfolgte einstimmig. Der Geschäftsbericht fand bei den 83 versammelten Vertretern des Verbandes größte Aufmerksamkeit und Beachtung. Zum Geschäftsbericht wurde nachfolgende Entschlieung einstimmig angenommen:

„Die finanzielle Anspannung des Verbandes ist zur Zeit außerordentlich stark. Gewaltige Summen sind im letzten Jahre an Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung und Invalidenunterstützung gezahlt worden. Es wird deshalb allen Hilfsfälligeren empfohlen, sehr darauf zu achten, daß die jahungsmäßigen Beiträge in allen Fällen geleistet werden. Darüber hinaus wird den Hilfsfälligeren empfohlen, dahin zu wirken, daß von den kollaborierenden Kollegen ein höherer Beitrag als bisher geleistet wird.“

Der Kollege Hofer aus Hannover vom Hauptvorstand des Verbandes gab einen Bericht über die Lohn- und Tarifverhandlungen in der Kallindustrie. Der Bericht über die Lohn- und Tarifverhandlungen sowohl als auch die kritischen Betrachtungen des Kollegen Hofer über die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kallindustrie fanden größte Beachtung. Nach dem Vortrag des Kollegen Hofer wurde eine Entschlieung angenommen, wonach die versammelten Vertreter des Verbandes die Beschlüsse der Magdeburger Kalliarbeiterkonferenz unterstützen. Der zahlreiche Besuch der Konferenz, es waren 83 Vertreter aus allen Industriegruppen anwesend, ist Beweis dafür, daß das Interesse der Hilfsfälliger des Verbandes und der Betriebsräte ein sehr lebendiges ist. Die Konferenz war ein voller Erfolg für die Zahlstelle Salzungen des Fabrikarbeiterverbandes. Mit einem Loch auf den Fabrikarbeiterverband wurde die Konferenz um 1.15 Uhr geschlossen. —al—

Seßenthal.

Am 21. Februar, abends 8 Uhr, tagten in Schmiedefeld die Betriebsräte vom Fabrikarbeiter-Verband aus dem Seßenthaler Bezirk. 60 Kollegen und Kolleginnen waren erschienen. Einige Auslegungen zu wichtigen Paragraphen des Betriebsratsgesetzes und der Gewerbeordnung wurden von den Kollegen Stubenrauch und Franke aus zum Vortrag gebracht. Kollege Rohlschütter machte Ausführungen über die Betriebsratswahlen.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß im hiesigen Bezirk die Betriebsräte von den Unternehmern noch mit schiefen Augen angesehen werden, und daß das Betriebsratsgesetz noch nicht so beachtet wird, wie es sein müßte. Selbst vor Scheinstilllegungen schreckt man nicht zurück, um einige unliebame Betriebsräte aus den Betrieben zu drängen. Mit diesen Fällen wird sich noch das Arbeitsgericht beschäftigen müssen.

Auf den § 78 Ziffer 1 BGG, wurde besonders hingewiesen, wonach der Arbeiterrat darüber zu wachen hat, daß die maßgebenden Tarifverträge durchgeführt werden. Es wurden bei diesem Punkt fast ungläubliche Angaben darüber gemacht, wie stark die Stückpreise von den Unternehmern gedrückt werden, und wie einer den anderen unterbietet. Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, daß die Schleuderkonkurrenz die Höhe der Vorkriegszeit weit überschritten hat. In den Betrieben der Gebr. Gensbach, Lichte, und Rasold & Staud, Bud und Leich bestehen Betriebsräte nicht, weshalb sich die Gewerbeaufsicht damit beschäftigen muß.



Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurden gemäß § 14, Ziffer 2a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Danzig: Felix Staker, Mitgl.-Nr. 1005168, Otto Korjinkowski, Mitgl.-Nr. 811 695 391, Johann Hildebrandt, Mitgl.-Nr. 1033 709; Kagen: Gustav Stievermann, Mitgl.-Nr. 899 297; Kiel: Heinrich Schmidt, Mitgl.-Nr. 1070 914; Salzungen: Justin Keder, Mitgl.-Nr. 787 380; Teitau: Fritz Schaber, Mitgl.-Nr. 35 649, Richard Wismann, Mitgl.-Nr. 834 656, Willy Wagner, Mitgl.-Nr. 1057 090, Otto Kraus, Mitgl.-Nr. 68 500, Georg Blechschmidt, Mitgl.-Nr. 971 997; Ottenb.-Drißla Sa.: Fritz Hannemann, Mitgl.-Nr. 238 766, Gustav Förster, Mitgl.-Nr. 932 676, Arno Liebscher, Mitgl.-Nr. 804 003; Hamburg: Heinrich Wulff, Mitgl.-Nr. 811 712 733; Jena: Ernst Schulzeffski, Mitgl.-Nr. P. 135 356; Bad Salzungen: Georg Müller, Mitgl.-Nr. 737 582; Jhehoe/Solstein: Franz Wolter, Mitgl.-Nr. 811 777 615, Hermann Besthorn, Mitgl.-Nr. 1043 947, Franz Schweizer, Mitgl.-Nr. 1043 895, Willi Kugnat, Mitgl.-Nr. 683 170; ferner gemäß § 14, Ziffer 3d, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Berlin: Georg Gandes, Mitgl.-Nr. 913 117.

Arbeitsmarkt.

(Zusätze unter Chiire werden nicht aufgenommen.)
3 tüchtige Antikglasmacher auf Ton, Farbe und Leberfang, gut eingearbeitet in Opaleisen und Kathedralglasgießen, suchen Stelle auch im Ausland. Näheres Zahlstelle der Fabrikarbeiter, Deggendorf.

Worms, Delegierten-Generalversammlung.

Am 22. Februar 1931 tagte im Volkshaus zu Worms die Delegierten-Generalversammlung der Zahlstelle. Kollege Amadori begrüßte die Delegierten. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete der Geschäftsführer der Zahlstelle, Kollege Behr. Wenn im Jahre 1930 noch mit einer leiblichen Beschäftigung in den uns unterstellten Industriezweigen zu rechnen war, so traten im Jahre 1930 auf allen Gebieten sowohl Entlassungen wie Kurzarbeit ein. Mit Jahresabschluss mußten wir feststellen, daß annähernd die Hälfte unserer Mitgliedschaft erwerbslos war, während ein großer Teil der übrigen Kollegen in Kurzarbeit stand. Lohnpolitisch gelang es uns, alle Tarifverträge zu verlängern, und damit Lohnabbau hintanzuhalten. Ebenso konnten von einigen Ausnahmen abgesehen, die Zahlen zu den Betriebsvertretungen durchgeführt werden. Im Jahre 1930 konnten wir 7 Kollegen für 25jährige Mitgliedschaft ehren. Die Feier brachte uns die Ausführung unseres Verbandsfilms „Aufstieg“ erstmalig in Worms. Wie in den vergangenen Jahren, so konnten auch in dem Berichtsjahre unseren Mitgliedern aktuelle Bildungsveranstaltungen vermittelt werden. Neben der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung wurde auch die politische Lage für die Arbeiterschaft äußerst gefährlich. Kommunisten und Nationalsozialisten veränderten die Front der Arbeiterschaft zu zerschneiden, um der Diktatur zum Siege zu verhelfen. Einigkeit ist daher heute notwendiger denn je. Der Angriff auf die soziale Befreiung konnte in seiner Grundtendenz abgewehrt werden. Aus dem Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen. Trotz der wirtschaftlichen schweren Zeit war es möglich, die Mitgliederzahl zu halten. Die Einnahmen betrugen 43.811,70 RM, während für Erwerbslosenunterstützung 14.008,15 RM, für Invalidenunterstützung 9920,20 RM, für Krankenunterstützung 5936,70 RM und Notlagenunterstützung und Rechtschutz 1077,25 RM ausgegeben wurden. Zum Schluß dankte Kollege Behr allen Funktionären und Hilfsfälligeren für die geleistete Arbeit und wünschte auch weiterhin ihre tatkräftige Unterstützung.

An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen sehr zahlreich. Alle Redner würdigten die geleistete Arbeit der Organisation und versprachen, auch für die Zukunft tatkräftig an dem Auf- und Ausbau der Organisation mitzuwirken.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vorstand und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Nur Vorstandswahl wurde der Vorschlag der Wormser Mitgliedschaft an Blau angenommen. Demnach sieht sich der Vorstand wie folgt zusammen: B. Amadori, A. Behr, F. Buchs, Gg. Ruckelshausen, E. Pramer, Ph. Selbert, Ph. Vohn, L. Schäfer, G. Kder, A. Klinf.

Kollege Amadori dankte für das bewiesene Vertrauen und versprach auch im Jahre 1931 alles daranzusetzen, was im Interesse der Organisation aus gegeben erachtet wird.

Zum Verbandstag 1931 wurde als Delegierter der Zahlstelle Worms der Kollege A. Behr angestellt.

Zum Schluß dankte Gauleiter, Kollege Fritz Kuhl, für die rege und sachliche Anteilnahme der Delegierten an der Arbeit der Organisation und richtete den dringenden Appell an die Delegierten, weiterhin bei der Mitgliedschaft für die Ziele und Aufgaben der Organisation zu werden.

Der Jugend gehört die Zukunft.

Der § 1 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes lautet: „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Mündigkeit.“

In der Praxis steht natürlich das Recht auf Erziehung sehr unvollkommen aus, da die Erziehung sehr einseitig betrieben wird. Durch die bürgerliche, nationale und christliche Erziehung in der Volksschule wird die deutsche Jugend — oder besser ausgedrückt — werden die Arbeiterkinder zu willigen Ausbeutungsobjekten für die herrschende Klasse der kapitalistischen Gesellschaft erzogen. Die katholische und evangelische Kirche erfüllt dabei auch „ihre“ Mission. Die Weltanschauung, welche heute noch in der Schule gelehrt wird, wird benutzt von der herrschenden kapitalistischen Klasse unterstützt; denn sie braucht Menschen, welche für ihre Zwecke und Ziele nützlich sind.

Wenn die Kinder aus der Schule ins Leben treten, wenn sie in der Fabrik und im Büro oder im Geschäft für einen geringen Lohn arbeiten müssen, sehr oft über 8 Stunden am Tage, so werden sie vom wirklichen Leben allmählich enttäuscht. Das Leben, wie es ihnen in der Schule dargestellt worden ist, gibt es gar nicht. Da ist es aus mit der christlichen Nächstenliebe; denn der Unternehmer will seinen Profit, und wer nicht für einen geringen Lohn arbeiten will, der kann ja gehen. Es ist eine große Reservenarmee da, die genügend Erwerb bietet. Damit sich aber nicht etwa zu viele wehren, z. B. geschlossen in einer Gewerkschaft mittels Streik, sind auch Mittel geschaffen worden, die das von vornherein systematisch untergraben, nämlich die bürgerlichen Verbände und Vereine im Grunde mit anderen Vereinigungen treten mit ihrer Untertanenerziehung auf den Plan, um die jungen Arbeiter zu beeinflussen und zu gewinnen, damit sie nicht von den „Noten“ oder den „Marxisten“, welche den „Klassenkampf“ erfunden haben, aufgebracht werden. Für genügend Ablenkung ist gesorgt. Auf dem Dorf sind es besonders Vereine und die Kirchen, die ihre Pflicht gegenüber den Ausbeutern erfüllen. In der Stadt tut es das Kino, der Tanzsaal, das Wirtschaftshaus, der Klubbverein. Die jungen Arbeiter, welche über ihre Lage gar nicht nachdenken, und sich nicht denken können, warum sie für andere Arbeiten verrichten müssen, fügen sich. Sie sagen sich: Wir müssen eben arbeiten unser ganzes Leben lang, und damit wir etwas vom Leben haben, wollen wir unsere „Jugend genießen“. Sie gehen ins Kino, wo sie für eine Mark zwei Stunden das „schöne“ Leben „genießen“ können. Oder sie gehen auf den Tanzsaal, was eigentlich für sie verboten ist. Aber was schadet das? Verbotenes macht man erst recht gern mit, und es hat einen um so größeren Reiz. Auf literarischem Gebiet werden sie auch genügend zur gesellschaftlichen Mündigkeit „erzogen“. (Siehe Harry Viel-Schwömer und die bürgerlichen Lebnsgenomane, P. Courbis-Wahler usw.) Gerade auf die jungen Menschen, die noch in den Entwicklungsstadien sind, wirken sich die bürgerlichen Vergnügungen sehr aus. Sie sind ein Stück bürgerlicher Sexual- und Moral-erziehung. Sie verfehlen aber auch ihre politische Wirkung nicht. Die Ausbeutungsobjekte, die jungen Menschen, welche anfangs enttäuscht und verzweifelt waren von dieser Welt, sind wieder ruhig und fügen sich in ihr Schicksal.

In unseren Gewerkschaften sind eine stattliche Anzahl junger Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert. Aber die meisten bezahlen bloß ihre Beiträge, oft auch nur ungern, und kümmern sich um nichts weiter. Sie schimpfen höchstens mal auf die „Boszen“, wenn es die älteren Kollegen tun. Sie und viele, viele andere junge Menschen haben noch keinen festen Haß im Leben, sie schwanken hin und her und wissen gar nicht, warum sie eigentlich leben, und was das Leben für sie bedeutet. Sie irren ziel- und planlos durchs Dasein, nebmen wenig Lehren an, machen gern von sich reden und glauben oft mehr zu wissen als Erwachsene und gute Bücher.

Jetzt wird es aber höchste Zeit, daß wir mit unserer Aufklärungs- und Erziehungsarbeit bei den jungen Arbeitern beginnen, auch bei denen, die noch nicht von uns erfasst sind. Wir müssen sie aus dem bürgerlichen Jahrmarsch herausziehen. Die Erziehung zum Klassenbewußtsein, Klassenkampf und Verantwortungsbewußtsein muß noch intensiver als bisher durchgeführt werden. Der Sozialismus darf nicht als bloße Partei- oder Lebensauffassung betrachtet werden, sondern als Weltanschauung.

Die bürgerliche, die kapitalistische Klasse mit ihren Organisationen versucht alles, um die Jugend an sich zu reißen, für sich zu gewinnen. Der Spruch: „Der Jugend gehört die Zukunft“ ist bitter ernst und wahr. Unsere Gegner wissen das ganz genau und handeln auch viel mehr danach als wir. Gewiß, auch bei uns redet man oft davon, daß der Jugend die Zukunft gehört, denn sie löst einmal die Väterlein ab. Aber — sobald die Jugend nicht „bittend“, sondern einmal „fordernd“ kommt, dann hat man oft schon wieder vergessen, was man zuvor von der Zukunft usw. versprochen hat. Wir wollen die Zukunft, und wir haben sie, wenn wir die Jugend wirklich auf unserer Seite haben. Wir wollen die Jugend nicht nur, weil wir einen Nachwuchs brauchen, das wäre verfehlt. Die Anerkennung der proletarischen Jugendbewegung muß nicht nur aus der Erkenntnis der Zweckmäßigkeit oder aus Organisationsegoismus erfolgen, denn das könnte niemals eine Gemeinschaft von Mien und Tungen bestehen. Und solange die „Älten“ den „Jungen“ aus „Ueberlegenheit und Erbhabenheit“, nicht aus Kameradschaftlichkeit nachgeben (wenn sie überhaupt mal nachgeben), wird erst recht die Gemeinschaft des Zusammenarbeitens gefördert. Oft muß man dann als Jugendlicher „lächeln“, wenn die älteren Kollegen den Satz „der Jugend gehört die Zukunft“ in ihren Reden wiederholt erwähnen. Lächeln muß man eben deswegen, weil die Jugend nur theoretisch und ganz selten praktisch anerkannt wird. (Das Anerkennen hängt im Leben in der Regel von Leistungen ab. D. Red.) Daraus leitet die Gezeitigkeit und Starrköpfigkeit der Jugend. Dies zu beheben, ist Aufgabe der „Älten“ aber auch der „Jungen“. Die Väterlein sind die „Pläger“, und sie sollten nachgeben. Damit wäre zugleich ein gewaltiges Stück sozialistischer Erziehungsarbeit geleistet. So erziehen wir die Jugend zur gesellschaftlichen Mündigkeit, nicht für die kapitalistische, sondern für die kommende sozialistische Gesellschaft. **S. F. K.**

(Die im Schlußabsatz geäußerte Auffassung trifft sicher mehr auf die örtlichen und nicht auf die allgemeinen Verhältnisse zu. D. Red.)



UNTERHALTUNG UND WISSEN

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Er versuchte dann den Nachweis zu führen, daß die Landflucht eine vom Großgrundbesitz nicht verschuldete, unabwehrbare Tatsache gewesen sei, sprach von der Rückständigkeit und Unbelehrbarkeit, der wirtschaftlichen Unkenntnis und Ungebilligkeit der kleinen Bauern, seinem Gana zur leichteren und bequemeren Stadtarbeit, dem törichtem Verlangen nach den Vorteilen des Großbesitzes, das eberne, preußische Pflichtbewußtsein, das entlagungsvolle, spartanisch einfache und wunschlose Leben der Latifundienbesitzer gegenüber.

„Und die Steuern?“ schrie eine Stimme aus dem Hintergrunde.
„Ja ... wir ... wenn ...“ stotterte der in Verlegenheit Gedachte.
„In Hörsdorf bezahlt der Kantor mehr Steuern als der Graf!“ kam ein neuer Zwischenruf. Der Saal wurde wieder an allen Ecken und Enden lebendig.

„Da haben die Bauern in Woblesow wohl bloß geträumt, daß sie der gnädige Herr von ihrem Grund und Boden vertrieben hat? Heh?“
„Und die Polen haben sich die Herren als Banbarbeiter hereingeholt!“
„Ein ausländischer Arbeiter kann in den Arbeiterhäusern überhaupt nicht leben.“
„Nicht mal eine Zuhre kriegt man, wenn eine Arbeiterfrau krank ist!“

„Maushalten und strammstehen wie beim Kommiss!“
„Erlauben Sie ... bitte ... mehr Ruhe!“ schrie der Versammlungsleiter.
„Sie sind auch einer von denen!“ schrie die heisere Stimme aus dem Hintergrunde wieder. „Sie prügeln ja noch Ihre Leute!“
„Aber die Knochen kaputtgeschossen für Sie, dazu waren wir gut genug!“

Auf Andreas wuchtete die Erregung der Masse. Er empfand zum ersten Male, wie hier lang Unterdrücktes ungeheumt hervorbrach. Hier lag aufgeregtes Unrecht, getretenes Menschentum, verwüftetes Rechtsgefühl, Abhängigkeit, Knechtschaft, Rechtslosigkeit: Die traffen Schlägen der geltenden gesellschaftlichen Ordnung. Hier hieß es, wie draußen im Felde so oft: Freiwillige vor! Wer wagt sein Leben und legt es ein für andere und die Gemeinschaft?
„Jetzt ist der richtige Augenblick, Kamerad Birkenbusch!“ drängte Dr. Heim und Andreas stieg, noch ein wenig bellommen und unklar, langsam zum Podium hinauf.

„Polen Sie auch noch sprechen?“ fragte der Versammlungsleiter, seine Stimmleiter unterbrechend, hochmütig von oben herab und musterte mit herabgesenktem Mundwinkel die verblühte Uniform. „Wie ist doch Ihr ... hm! ... hm! ... Ihr Name?“
„Vorhin schienen Sie mich ganz gut zu kennen ... Herr ... Herr ...“
„Graf Sennsdorf!“ schnarrte der Versammlungsleiter ohne jede höfliche Verzeigung.

Andreas, der gerade seinen Namen ironisch nennen wollte, verstummte. Seine Augen forschten gierig im Gesicht des fremden Mannes. Das also war sein Vater!
„Graf Sennsdorf ...? Dann ... kennen wir uns besser, als ich dachte.“
„Mir unbekannt!“
„Das glaube ich Ihnen aus Wort, Herr ... Graf ...!“ erwiderte Andreas bitter. „Ich bin nur Andreas Birkenbusch aus Borowo, der uneheliche Sohn der Magd vom Gäntherhof, der Sachjünglerin Enjasta Gomilczka.“

Graf Sennsdorf begriff den Sinn der Worte nicht. Erst ganz langsam stieg ihm ein Erinnerung auf. Er prüfte mit einem raschen, lägen Blick den unbekanntem Menschen vor sich. Als er aber Andreas die Hand reichen wollte, wandte sich der kurz ab und trat an das Rednerpult. Eine lange Weile sah er in die Masse vor sich. Seine Gedanken gingen in wirren Kreisen. Bald tauchte Enjasta, bald Jascha Gonschoredy auf. Er sah die Dorfstraße, die kleinen, verfallenen Häuser, den Wald, der sich in die Fieder trat; der Brief an den Kaiser fiel ihm ein; dazu jagten die Sachjüngler mit Saal und Pack davon.
„Wie lange sind er nun schon hier oben? Was wollte er überhaupt? Sprechen? Was? Stand da nicht hinter ihm der unbekante Vater?“

Der Saal wurde unruhig. Zwischenrufe kamen: „Nun los!“ „Zuher!“ „Gib es ihnen, Kamerad!“
Andreas sah die ruhigen, klaren Augen Dr. Heims. Ein freundliches Lächeln lächelte ihn. Plötzlich war die innere Ruhe da. Die Gedanken ordneten sich. Was gab es noch zu fragen? Da hinter sich ein Mann, dem eine Anklage ins Gesicht zu schlenbert war.

Andreas begann. Von Satz zu Satz verstärkte sich die Wirkung seines schlichten Schilderers. Das Sachjünglerleben erstand in seiner schauerlichen Gestalt. Eine grinsende Frage. Das Schicksal eines sterbenden Dorfes mit hoffnungslosen Menschen weizete sich vor den Augen der stummgewordenen Zuhörer. Das Grollen und Drohen Heimatloser, die aber gemerkt werden waren, deutliche Heimatboden — den der andere — mit Blut und Schanden zu verteidigen und zu zählen, brachte durch den Raum, schlug an die Köpfe und Ohren und Herzen eines gewanderten Menschen. Auf einwem Wege schlich die Sorge, die Bitterkeit und Hoffnungslosigkeit hinterdrein.

Das eindringliche, leidenschaftliche Sprechen, das nur mühsam ein Aufschlängen unterdrückte, zwang in den Sinn. Dem Zuge der Sachjüngler folgte der Zug der Massen in den Krieg. Der Schritt der Millionen stampfte durch die herausgehobenen Worte. Bilder wuchsen in die Höhe, die ein Grauen über die Köpfe rücken ließen. Und ein unbewusster Willensschwachs, in der Atemlosigkeit des Sprechers erschütternd, heraus: „Nie mehr! Nie mehr! ... Der schlimmste und älteste Feind unseres Volkes steht drinnen im Land! Er ist unser Land! ... Auf unsere Land! ... Auf dem Land unserer Vater! ... Geht dem Volk sein Land! ... Sein Vaterland!“

Andreas schloß die Augen. Die Erregung der atemlos Zuhörer schloß sich in wildem, wogendem, jästimm. „Wie ein kleiner Nadeln auf sturmgewegtem Meer“, dachte Andreas bei diesem Toben der Massen und wachte sich selbst. „Jetzt schlafen und anhalten!“
Eine letzte Worte von ihm schante Stille und bandigte.

„Wie lange der Redner am Beginn des Abends?“ fuhr Andreas fort. „Schon ist Viertel 11 Uhr?“
„Ruhig! Dann wollen wir anfangen beginnen. Hinter allen, was dem herrlichen Koffe aus die Schultern gepakt wurde an Märsch, Laß, Anständigkeit, Unfreiheit, Rechtslosigkeit, Verzweiflung, Unterdrücken und Verdrossen ... stand Ihre Klasse, Referat und allerwege. Nirgend ein weches, williges Ohr. Um den, der zu hören verpflichtet war, habt Ihr den

magischen Kreis des Verstummens gezogen. Wo sind sie, die den Mut hatten, vor Thronen die Wahrheit anzusprechen? In allen Amtsstuben und Kammern, in den bequemsten Sesseln und entscheidenden Stellen habt Ihr seit Jahrhunderten geseffen, in Krieg und Frieden. Und nun, da ein längst morisch gewobenes Gebäude zusammenbrach, weisen die Finger der Verantwortlichen auf die Menge der Unverantwortlichen und Unterdrückten, als trügen die am deutschen Schicksale schuld. Nirgend einer, der den Mut zum Schönsten, zum Bekennen zur Verantwortung für das Vergangene auf sich nimmt. Damit ist das Spiel für alle Zeit aus. Ich weiß, es wird nach dem Vorübergehen dieser Blut nicht an Versuchen fehlen, die verlorene Macht wieder in die machtgewohnten Hände zurückzubringen. Wenn sich das deutsche Volk vor allem seine Tapferkeit aus den vier Blutjahren, auf das Beste im Menschen befinden, auf Freiheit und Recht, wird die Stunde niemals wiederkehren. Mag Sklaven- und Knechtschaft sich zu den Herrschgewaltigen von einst gesellen: der Tag der Freiheit ist da! Ein großes, gültiges Schicksal hat ihn in schlimmerer Notzeit allen Voranschreitenden geschenkt. Nun ist die Freiheit und das Recht unser Weggenosse, unser Schicksal, unsere Hoffnung ... Wir arüben den Tag der Freiheit mit feierlichem Schwur ...“
Andreas griff mit beiden Händen nach der Stirn. Ein Schwanke kam über ihn. Das Bild der gebannten Masse vor ihm verschwamm. Dr. Heim sprang mit drei langen Schritten an das Rednerpult, um Andreas aufzufangen. Der Saal lag in stummer Starrheit.
„Ein Gericht!“ schrie der alte Bauer von vornhin.

Proletarische Lebensreform.

Am Montagmorgen in der Fabrik. Still, froher Glanz in den Augen des Arbeiterwanderers. Der gestrige Sonntag hat ihm wirkliche Ausspannung und Erholung gebracht. Nicht an tiefen Eindrücken und an schönen, heiteren Erlebnissen war die gestrige Wanderung über die weiten leuchtend grünen Fluren und den tannendüstenden Wald mit den frohen Gefährten. So, das waren Stunden wahrhaftiger Freude, die er nicht um sonst was in der Welt gegen andere, leichtere Veranlassungen eintauschen möchte. Getrübt wird seine Nachfreude, wenn er sich vor allem unter seinen jüngeren Arbeitskollegen umsieht, die am Montag mit bleichen, übernachteten Gesichtern, mühsam, mit häßlichen Glücken auf den Lippen an ihrem Arbeitsplatz hantieren, nachdem sie sich am Abend vorher die größte Mühe gegeben haben, es den Mitgliedern der bestehenden Klasse in Kleidung und Gebaren gleichzutun. Ihre Illusion fand in der rauhen, nüchternen Wirklichkeit des nächsten Arbeitstages ein rasches Ende. Nun hoffen sie auf den nächsten Sonntag. So „zerstreuen“ sie ihre Jugend und sich selbst.

Solange sich noch weite Proletarischkeiten in einem verartigen geistigen Hörigkeitsverhältnis zur herrschenden Klasse befinden, solange werden die Bemühungen desigenen Zeiles der Arbeiterklasse, der sich zu selbständigem Klassenbewußtsein durchgerungen hat, um Aenderung der sozialen Verhältnisse von geringem Erfolg sein müssen.

Warum stehen die anderen noch abseits? In Kleinbürgerlichem Denken befangen, durch die bürgerliche Presse tagtäglich beeinflusst, fällt es ihnen schwer, mit der bürgerlichen Lebensweise und Lebensauffassung zu brechen. Sie sind in ihnen ausgewachsen und sie bringen später auch nicht die Kraft auf, sie abzulegen. Die Macht des Kapitalismus beruht auf seiner Herrschaft über die Köpfe. Dieses proletarische Führerwort erhält seine Bestätigung in der Gegenwart mehr denn je. Es gilt das Untertanenbewußtsein auszurotten und den Arbeiter zur Erkenntnis des eigenen, vollwertigen Menschentums zu bringen. Eine Erkenntnis, die ihm die Kraft gibt, für die wirtschaftliche und kulturelle Besserung seiner Lebenslage zu kämpfen. Der mit diesem proletarischen Selbstbewußtsein erfüllte Arbeiter wird es auch ablehnen, seine erworbene Menschenwürde im Alkohol zu ertränken. Klardenkende Proletarierköpfe sind auch die gefährlichsten Gegner des kapitalistischen Profitstems. Die tatsächliche Klassenenteilung der Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete ist soweit fortgeschritten, daß ein Bewußtwerden dieses Zustandes in weiten Kreisen des Proletariats das Ende des Kapitalismus bedeuten würde. Deshalb kommt dem ideologischen Kampf, dem Ringen um die Revolutionierung der Köpfe eine so ausschlaggebende Bedeutung zu. Das Leben des Kapitalismus hängt heute weniger an ökonomischen, als an geistigen Fäden. Gelingt es, diese Bindungen zu zerreißen, dann wird sich die Arbeiterklasse durch nichts mehr von dem Gedanken des Aufbaus einer besser und zweckmäßiger organisierten Gesellschaftsordnung abbringen lassen.

Das sind die Gedanken, die unseren Arbeiterwanderer beim Anblick seiner mitmütigen, juchenden und schimpfenden Arbeitskollegen durch den Kopf gehen und über die er zu ihnen in der Frühstückspause spricht. Wegen wieviel Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit hat er angekämpft. Immer wieder dieselben Ausflüchte vom „Amüsieren“ und von der Notwendigkeit der „Zerstreuung“ nach schwerer, harter Werktagstren hört er da. Aber er wird nicht müde, ihnen auf seine ruhige, überzeugende Art die Hoffbeit einer solchen Lebensführung klarzumachen. Sein unprewilliger Helfer bei dieser unablässigen Aufklärungsarbeit ist der Unternehmer selbst, der durch seine brutale Art des Vorgehens bei Lohnentzug und Entlassungen die Herausbildung des proletarischen Klassenbewußtseins fördernd hilft. Erst nach solcher Vorarbeit ist es möglich, sie zum Beitritt zur gewerkschaftlichen und später zur politischen Organisation zu bewegen. Und erst der langwierigen Erziehungs- und Schulungsarbeit beider Organisationen gelingt es, allmählich eine Umstellung im Denken des Arbeiters herbeizuführen. Nach diesen ersten Vorarbeiten können auch die proletarischen Kulturorganisationen ihr Erziehungswerk beginnen. So gelingt es, nach und nach den ganzen Menschen zu erschaffen.

Nur wer ... die Grunderkenntnisse sozialistischer Gesellschaftslehre gewonnen hat, hat den Blick bekommen, in die Echtheit und Verlogenheit bürgerlicher Lebensführung ... auch bemühen, zu natürlicheren und freieren Lebensformen ... kommen. An Stelle des durch bürgerliche Bildung ... verletzten Menschen tritt der durch freies, wissenschaftliches Denken zum latenten Klassenbewußtsein erwachte proletarische Mensch, der sein Leben nach sozialistischen Grundbächen zu gestalten ...

Lebendige Heimmungen stellen sich diesem Bemühen entgegen. Die in der bürgerlichen Klassegesellschaft gestandenen Herabsehungen und die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst zwingen den Klassenbewußten Proletarier oft in Fragen der Lebensgestaltung Kompromisse einzugehen. Es bedeutet schon viel, wenn er sich bewußt bleibt, daß es Kompromisse sind. Er weiß, daß Lebensreform nur ein Teil — wenn auch ein sehr wichtiger — des allgemeinen Klassenkampfes ist, den das Proletariat für seine Befreiung führt.

Das Ziel aller proletarischer Lebensreformen, der sozialistische Mensch, wird erst nach Beieitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und nach Erreichung des Sozialismus seine Erfüllung finden können. Die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Gegenwart gezogenen Grenzen für alle proletarische Lebensreformen dürfen nicht übersehen werden, wenn

„Alle haben wir's gefühlt!“
„Er hat es endlich ausgesprochen!“
„Andreas! Andreas! Was ist mit ihm?“
Jascha Gonschoredy's dünne, zittrige Stimme schiedte aufschreiend sein Wangen aus einer Ecke her über die Köpfe der Schweigenden. Wie einer geängstigten Mutter Ruf klagte der Aufschrei.

Das Dröhnen, Rufen und Schreien brach los.
Die Herren vom Vorstandstische verschwanden durch die Bühnentür. Die Menge sah das klägliche, heimliche Klüchten des elend geschlagenen Häufleins, aber kein Ru' hing sich an. Das wäre unviel gewesen. Die mochten selbst mit sich fertig werden.

Stadtpolizist Krämer kam breitpurig wadelnd nach vorn, stellte sich an das Rednerpult, sah ratlos in den Reihen der aufgeregten, erschütterten und begeisterten Menschen und zuckte zuletzt hilflos mit den Schultern, als wollte er sagen: „Ich bin nicht schuld, daß es los gekommen ist!“
Verfluchter Kerl! Dieser Keldweibel Birkenbusch!“ saute er im Tone der größten Hochachtung zu sich selbst. „Und Keldweibel, der junge Kerl! Ich hab's beim Kommiss bloß bis zum Scherjanten gebracht!“ Dann trat er von der Bühne ab.
„Sehen Sie sich hierher, Kamerad! Sol ...“ und nun noch einen Schluck Wasser!“ logte Dr. Heim, der sich um Andreas bemühte. „Das hat nichts weiter auf sich. Die Erregung trägt die Hauptschuld. Auch vom Felde noch mit den Nerven mitgenommen. Gibt sich wieder! ... Es war wohl die erste Rede?“ Andreas nickte. (Fortsetzung folgt.)

si nicht zur Einseitigkeit führen soll. Aber es ist der Arbeiterbewegung nach jahrzehntelangen ojevollen Kämpfen gelungen, die Freizeitverhältnisse so zu verbessern, daß immerhin ein bescheidener zeitlicher Raum geschaffen ist, den der Arbeiter mit eigenem Inhalt erfüllen kann.

Neben der Weiterbildung des Geistes ist das Wandern ein wichtiger Teil proletarischer Lebensgestaltung. In ihm sind Erziehungswerte enthalten, die ihre körper- und geistesbildende Wirkung auch auf andere Lebensgebiete übertragen. Es führt den Arbeiter aus seiner dumpfen Enge hinaus, weitet seinen Blick und stärkt seine Widerstandskraft gegen alle auf ihn einströmenden Widerwärtigkeiten eines Proletariatsdaseins. An Stelle irgenbwelcher Abhängigkeitsgefühle tritt der sieghafte Glaube an die eigene Kraft. Auf Wanderungen in Gemeinschaft Gleichgesinnter wird auch der Gedanke der Kameradschaftlichkeit gestärkt. Gemeinsames Erleben, gemeinsame Freude stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl, das im Betrieb so notwendig ist.

So wird die Arbeiterklasse allmählich dazu kommen, die alten bürgerlichen Lebensformen abzuschleifen und ihr Leben mit eigenem Inhalt zu erfüllen. Hand in Hand mit dem Kampf um die wirtschaftliche Befreiung geht so vor sich, der Kampf um die geistige Befreiung des Proletariats.

Schriftsteller und Masse.

Ein Franzose, Sainte-Beuve, brachte für die Arbeit eines geistig schaffenden, schreibenden Menschen einmal ein recht anschauliches Bild. Er verglich dieses Schaffen mit Unmengen Goldstaubs, die in Ruchfächeln verströmet sind und der Strömung dann überlassen werden.

Jedes erste Blatt, das der Mensch in sein Haus bekommt, ist solcher Ruchfächle gleich. Es enthält Werte. In Stunden geistiger Spannung geworden. Zur Spannungserzeugung der Leser des Blattes bestimmt. Es enthält also etwas Anregendes, Förderndes für einen jeden. Und darum müßte jeder es aufnehmen, sich bereichern. Aber es ist schon so: viele Ruchfächeln mit Gut beladen, werden von der Strömung hinweggetragen — ins Nichts.

Das Blatt deiner Gesinnung will in Ernst und Würde behandelt werden. Es ist eine Wühdringung geistigen Schaffens, wenn das Blatt nicht in allen seinen Teilen beachtet wird. Es ist nicht nur zum Schaden des einzelnen und zum Nachteile der Bewegung, sondern auch der Schaffende, der da schreibt erhält immer neue Energien durch das Bewußtsein des Dienens seiner Arbeit am großen Werke.

Es ist so, wie in der Kunst des Theaters. Es ist ein Märchen, sagt Max Reinhardt, daß der Spieler der Zuschauer je vergessen könnte. Die Masse ist erlebend und Erlebnis gebend, nehmend und selbst schöpferisch.

Dieses Wunderbare des Ergriffenseins des einen durch den anderen, wie es ja auch bei einer padenden Rede vorhanden ist, das ist natürlich in solcher Weise nicht vorhanden zwischen dem Schreibenden und dem Lesenden. Aber dennoch ist da im Unbewußten des Schaffenden von schöpferischer Bedeutung das Verstandenwerden, das Bewußtsein des Suchens durch Menschen, des Dienens dadurch, daß das Wort nicht umsonst geschrieben wird.

So wie Goethe am leichtesten zum Reden zu bringen war, wenn er wußte, daß man mit ihm fühlte, so strömt das geschriebene Wort um so freudiger und um so erregter aus dem Inneren, je mehr man bei denen, für die es bestimmt ist, nach ihm sucht.

Das Blatt deiner Gesinnung, deines Ringens und deines Glaubens gleicht der Bühne, die da bindet und zum Erlebnis etwas gestalten soll. Und darum muß die Arbeit auch vor dem Verbandblatt wachsen, sich vertiefen und verinnerlichen. Es muß mehr als bisher, aus dem Geiste geboren, zur Befreiung auch des Geistes dienlich sein — durch dich.

Dr. Gustav Hoffmann.

Literarisches.

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. In Gemeinschaft mit Anton Erkelenz, Johannes Sassenbach, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes a. D., Reichsminister, Adam Stengerwald, Direktor Albert Thomas, Internationales Arbeitsamt, Minister Prof. Lord Passif. Herausgegeben von Prof. Dr. Ludwig Herzde. Das Werk erscheint in fünf bis sechs Lieferungen (je 240 Seiten). Es soll innerhalb eines Jahres vollständig vorliegen. Preis je Lieferung 2,50 RM. Bestellung nimmt die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstr. 66, entgegen. — Das Werk ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Berechnungen, der wesentlichsten Fragen der brennendsten Probleme der Gewerkschaftsbewegung, der eine ganze Anzahl bekannter Gewerkschaftsführer, Sozialpolitiker, Wirtschaftspolitiker und Staatsmänner mitarbeiten. Es wird nach seiner Fertigstellung einen Überblick über alle die Gewerkschaften der ganzen Praxen geben und als Nachschlagewerk kaum entbehrlich sein. Was jetzt in vielen Publikationen zerstreut ist, wird im Handwörterbuch geordnet und zusammengefaßt zu finden sein. Wer später einmal das Gewerkschaftswesen studieren will, wird in diesem Werk zure und branchbare Hinweise finden. Dort, wo Gewerkschaftsfunktionäre, Studenten und Gelehrte die Gewerkschaftsbewegung kennen zu lernen versuchen, wird das Handwörterbuch ein beliebtes Nachschlagewerk werden.

War vor die Kamera! So nennt Max Dortu sein Kampfbild in der Zeitschrift des Arbeiter-Lichtbild-Bundes. „Das neue Bild“, dessen Februarheft eine weitere Steigerung der bisher schon beachtlichen Leistungen zeigt. Das soziale Bild, die soziale Bild- und Filmreportage stehen wieder im Mittelpunkt ausgezeichnete Beiträge, die durch nicht weniger als 30 meist hervorragende Bilder wirksam illustriert werden. Das Heft enthält außerdem den Bericht über den Bundestag und kann für nur 40 Pf. monatlich bei jeder Volksbuchhandlung, Postanschl. oder beim Verlag, Berlin S. 42 bestellt werden. Auch wir wünschen dir viele Leser.